Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

2025/2012(INI)

3.6.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 165

Entwurf eines Berichts
Ľubica Karvašová
(PE768.033v02-00)

Bilanz der Wahl zum Europäischen Parlament 2024
(2025/2012(INI))

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 1
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den Beschluss (EU, Euratom) 2018/994 des Rates vom 13. Juli 2018 zur Änderung des dem Beschluss 76/787/EGKS, EWG, Euratom des Rates vom 20. September 1976 beigefügten Akte zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments,

Or. en

Änderungsantrag 2
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 22. November 2023 zu Vorschlägen des Europäischen Parlaments zur Änderung der Verträge[11],	***entfällt***
[11] ABl. C, C/2024/4216, 24.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4216/oj.	

Or. pl

Änderungsantrag 3
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
— unter Hinweis auf den Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas vom Mai 2022,	***entfällt***

Or. pl

Änderungsantrag 4
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Kooperationsvereinbarung vom 13. Mai 2024 über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Ausschuss der Regionen,

Or. en

Änderungsantrag 5
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 23 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Vereinbarung über die Zusammenarbeit vom 28. Februar 2024 im Vorfeld der Wahlen 2024 zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Ausschuss der Regionen,

Or. en

Änderungsantrag 6
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 mit 50,74 % der Wählerschaft die höchste Wahlbeteiligung aller Wahlen zum Europäischen Parlament in den letzten 25 Jahren verzeichnet wurde (ein leichter Anstieg gegenüber 2019 mit 50,66 %), ***was ein positives Signal für das Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger an EU-Angelegenheiten aussendet***; in der Erwägung, dass die Beteiligungszahlen zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich waren und von 89,01 % in Belgien bis 21,35 % in Kroatien reichten***, was unterstreicht, dass weiteren politischen Investitionen in die Wahlbeteiligung in der gesamten EU große Bedeutung zukommt***;	A. in der Erwägung, dass bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 mit 50,74 % der Wählerschaft die höchste Wahlbeteiligung aller Wahlen zum Europäischen Parlament in den letzten 25 Jahren verzeichnet wurde (ein leichter Anstieg gegenüber 2019 mit 50,66 %), ***diese aber immer noch deutlich unter der Wahlbeteiligung von 56,67 % der Wählerschaft bei der Wahl zum Europäischen Parlament 1994 lag, obwohl die EU und die Mitgliedstaaten Milliarden Euro für Wahlkampagnen ausgegeben haben und einige Mitgliedstaaten das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt haben***; in der Erwägung, dass die Beteiligungszahlen zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich waren und von 89,01 % in Belgien***, wo eine Wahlpflicht besteht,*** bis 21,35 % in Kroatien reichten;

Or. en

Änderungsantrag 7
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 mit 50,74 % der Wählerschaft die höchste Wahlbeteiligung aller Wahlen zum Europäischen Parlament in den letzten 25 Jahren verzeichnet wurde (ein leichter Anstieg gegenüber 2019 mit 50,66 %), was ein ***positives*** Signal für das Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger an	A. in der Erwägung, dass bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 mit 50,74 % der Wählerschaft die höchste Wahlbeteiligung aller Wahlen zum Europäischen Parlament in den letzten 25 Jahren verzeichnet wurde (ein leichter Anstieg gegenüber 2019 mit 50,66 %), was ein ***deutliches*** Signal für das Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger an

EU-Angelegenheiten aussendet; in der Erwägung, dass die Beteiligungszahlen zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich waren und von 89,01 % in Belgien bis 21,35 % in Kroatien reichten, was unterstreicht, dass weiteren politischen Investitionen in die Wahlbeteiligung in der gesamten EU große Bedeutung zukommt;

EU-Angelegenheiten aussendet; in der Erwägung, dass die Beteiligungszahlen zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich waren und von 89,01 % in Belgien bis 21,35 % in Kroatien reichten, was unterstreicht, dass weiteren politischen Investitionen in die Wahlbeteiligung in der gesamten EU große Bedeutung zukommt;

Or. en

Änderungsantrag 8
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 mit 50,74 % der Wählerschaft die höchste Wahlbeteiligung aller Wahlen zum Europäischen Parlament in den letzten 25 Jahren verzeichnet wurde (ein leichter Anstieg gegenüber 2019 mit 50,66 %), was ein positives Signal für das Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger an EU-Angelegenheiten aussendet; in der Erwägung, dass die Beteiligungszahlen zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich waren und von 89,01 % ***in Belgien*** bis 21,35 % ***in Kroatien*** reichten, was unterstreicht, dass weiteren politischen Investitionen in die Wahlbeteiligung in der gesamten EU große Bedeutung zukommt;	A. in der Erwägung, dass bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 mit 50,74 % der Wählerschaft die höchste Wahlbeteiligung aller Wahlen zum Europäischen Parlament in den letzten 25 Jahren verzeichnet wurde (ein leichter Anstieg gegenüber 2019 mit 50,66 %), was ein positives Signal für das Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger an EU-Angelegenheiten aussendet; in der Erwägung, dass die Beteiligungszahlen zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich waren und von 89,01 % bis 21,35 % reichten, was unterstreicht, dass weiteren politischen Investitionen in die Wahlbeteiligung in der gesamten EU große Bedeutung zukommt;

Or. en

Änderungsantrag 9
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Aa. in der Erwägung, dass die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 in zwei Mitgliedstaaten gleichzeitig mit den einzelstaatlichen Parlamentswahlen, in acht Mitgliedstaaten gleichzeitig mit den Kommunal- und Regionalwahlen und in einem Mitgliedstaat gleichzeitig mit einem Referendum abgehalten wurde;

Or. en

Änderungsantrag 10
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung A b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ab. in der Erwägung, dass in den meisten Mitgliedstaaten eine höhere Wahlbeteiligung als bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament verzeichnet wurde;

Or. en

Änderungsantrag 11
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass das Wahlrecht in einigen Mitgliedstaaten ausgeweitet wurde***, als Belgien und Deutschland sich Österreich und Malta anschlossen***, um das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, was zu einer zusätzlichen Gesamtzahl von zwei Millionen Wahlberechtigten unter	B. in der Erwägung, dass das Wahlrecht in einigen Mitgliedstaaten ausgeweitet wurde, um das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, was zu einer zusätzlichen Gesamtzahl von zwei Millionen Wahlberechtigten unter 18 Jahren führte; in der Erwägung, dass ***einige Mitgliedstaaten*** die Altersgrenze für

18 Jahren führte; in der Erwägung, dass ***Belgien auch*** die Altersgrenze für Kandidaten auf 18 Jahre gesenkt ***hat***, während sie in ***Griechenland und Italien*** bei 25 Jahren blieb; in der Erwägung, dass insgesamt bis zu 25 Millionen junge Menschen zum ersten Mal gewählt haben;	Kandidaten auf 18 Jahre gesenkt ***haben***, während sie in ***anderen Mitgliedstaaten*** bei 25 Jahren blieb; in der Erwägung, dass insgesamt bis zu 25 Millionen junge Menschen zum ersten Mal gewählt haben;

Or. en

Änderungsantrag 12
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass keine ausreichenden einheitlichen und detaillierten Daten über die Beteiligung schutzbedürftiger Gruppen oder den Einsatz alternativer Wahlmethoden verfügbar sind; in der Erwägung, dass die nationalen Rahmen für die Erhebung von Daten im Zusammenhang mit der Wahl zum Europäischen Parlament weiter harmonisiert werden sollten, um faktengestützte politische Lösungen auf EU-Ebene zu unterstützen;	***entfällt***

Or. pl

Änderungsantrag 13
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Da. in der Erwägung, dass das in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerte Subsidiaritätsprinzip regelmäßig durch

	nicht gerechtfertigte Ausweitungen der Zuständigkeiten der Europäischen Union, insbesondere im Bereich der Wahlen, missachtet wird; in der Erwägung, dass das in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerte Subsidiaritätsprinzip regelmäßig durch nicht gerechtfertigte Ausweitungen der Zuständigkeiten der Europäischen Union, insbesondere im Bereich der Wahlen, missachtet wird;

Or. fr

Änderungsantrag 14
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass etwa 18 400 Kandidaten und 490 Kandidatenlisten auf den Stimmzetteln standen ***und unter ungleichen Bedingungen*** Wahlkampf ***in den Mitgliedstaaten*** betrieben; in der Erwägung, dass die Zeiträume für die Registrierung von Kandidaten und den Wahlkampf zwischen mehreren Monaten und einigen Wochen lagen; in der Erwägung, dass eine unabhängige Einzelkandidatur in neun Mitgliedstaaten nicht möglich war;	E. in der Erwägung, dass etwa 18 400 Kandidaten und 490 Kandidatenlisten auf den Stimmzetteln standen***, die nach unterschiedlichen Wahlverfahren, die in den Mitgliedstaaten weitgehend durch nationale Bestimmungen geregelt sind,*** Wahlkampf betrieben; in der Erwägung, dass die Zeiträume für die Registrierung von Kandidaten und den Wahlkampf zwischen mehreren Monaten und einigen Wochen lagen; in der Erwägung, dass eine unabhängige Einzelkandidatur in neun Mitgliedstaaten nicht möglich war;

Or. en

Änderungsantrag 15
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass zwischen den Mitgliedstaaten nach wie vor erhebliche Unterschiede bei den Regulierungsansätzen und Beschränkungen der Stimmrechte und der Kandidaturrechte bestehen; ***in der Erwägung, dass wichtige Reformen zur Angleichung der Wahlvorschriften und -verfahren in der gesamten Union noch nicht abgeschlossen sind;***	F. in der Erwägung, dass zwischen den Mitgliedstaaten nach wie vor erhebliche Unterschiede bei den Regulierungsansätzen und Beschränkungen der Stimmrechte und der Kandidaturrechte bestehen;

Or. fr

Änderungsantrag 16
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass ***zwischen den Mitgliedstaaten nach wie vor erhebliche Unterschiede bei den Regulierungsansätzen und Beschränkungen der*** Stimmrechte und ***der*** Kandidaturrechte ***bestehen***; in der Erwägung, dass ***wichtige Reformen zur Angleichung der Wahlvorschriften und -verfahren*** in ***der gesamten Union noch nicht abgeschlossen*** sind;	F. in der Erwägung, dass ***die*** Stimmrechte und Kandidaturrechte ***gemäß den EU-Verträgen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen***; in der Erwägung, dass in ***Artikel 223 AEUV und im Akt von 1976 lediglich gemeinsame De-minimis-Grundsätze und Regeln für die Wahl zum Europäischen Parlament festgelegt*** sind;

Or. en

Änderungsantrag 17
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass zwischen	F. in der Erwägung, dass zwischen

den Mitgliedstaaten nach wie vor erhebliche Unterschiede bei den Regulierungsansätzen und Beschränkungen der Stimmrechte und der Kandidaturrechte bestehen; in der Erwägung, dass ***wichtige*** Reformen zur Angleichung der Wahlvorschriften und -verfahren in der gesamten Union noch nicht abgeschlossen sind;	den Mitgliedstaaten nach wie vor erhebliche Unterschiede bei den Regulierungsansätzen und Beschränkungen der Stimmrechte und der Kandidaturrechte bestehen; in der Erwägung, dass Reformen zur Angleichung der Wahlvorschriften und -verfahren in der gesamten Union noch nicht abgeschlossen sind;

Or. pl

Änderungsantrag 18
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht[12], dass nationale Wahlkampagnen thematisch konvergieren und sich zunehmend auf gemeinsame europäische Themen wie Wirtschaft, Migration, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel konzentrieren; in der Erwägung, dass diese Fragen in nationalen Debatten allzu oft ausschließlich aus einem nationalen politischen Blickwinkel angegangen werden; in der Erwägung, dass politische Parteien ***und Kandidaten dafür verantwortlich sind, die*** Bürgerinnen und ***Bürger angemessen über die politische Reaktion und Governance auf EU-Ebene zu informieren, einschließlich der Information der Bürgerinnen und Bürger über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen, mit denen sie im Parlament verbunden*** sind;	G. in der Erwägung, dass aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht[12], dass nationale Wahlkampagnen thematisch konvergieren und sich zunehmend auf gemeinsame europäische Themen wie Wirtschaft, Migration, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel konzentrieren; in der Erwägung, dass diese Fragen in nationalen Debatten allzu oft ausschließlich aus einem nationalen politischen Blickwinkel angegangen werden; in der Erwägung, dass ***nationale*** politische Parteien ***die wichtigsten Garanten für die demokratische Verbindung zu ihren*** Bürgerinnen ***und Bürgern*** sind;
[12] Eurobarometer, EU-Umfrage nach der Wahl 2024.	[12] Eurobarometer, EU-Umfrage nach der Wahl 2024.

Or. fr

Änderungsantrag 19
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht[12], dass nationale Wahlkampagnen thematisch konvergieren und sich zunehmend auf gemeinsame europäische Themen wie Wirtschaft, Migration, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel konzentrieren; in der Erwägung, dass diese Fragen in nationalen Debatten ***allzu*** oft ***ausschließlich*** aus einem nationalen politischen Blickwinkel angegangen werden; in der Erwägung, dass politische Parteien und Kandidaten dafür verantwortlich sind, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die politische Reaktion und Governance auf EU-Ebene zu informieren, einschließlich der Information der Bürgerinnen und Bürger über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen, mit denen sie im Parlament verbunden sind;	G. in der Erwägung, dass aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht[12], dass nationale Wahlkampagnen thematisch konvergieren und sich zunehmend auf gemeinsame europäische Themen wie Wirtschaft, Migration, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel konzentrieren; in der Erwägung, dass diese Themen in den nationalen Debatten oft aus einem nationalen politischen Blickwinkel angegangen werden***, da die Bürgerinnen und Bürger von ihren Vertretern zu Recht erwarten, dass sie die nationalen Interessen in Brüssel und Straßburg vertreten***; in der Erwägung, dass politische Parteien und Kandidaten dafür verantwortlich sind, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die politische Reaktion und Governance auf EU-Ebene zu informieren, einschließlich der Information der Bürgerinnen und Bürger über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen, mit denen sie im Parlament verbunden sind;
[12] Eurobarometer, EU-Umfrage nach der Wahl 2024.	[12] Eurobarometer, EU-Umfrage nach der Wahl 2024.

Or. en

Änderungsantrag 20
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht[12], dass nationale Wahlkampagnen thematisch konvergieren und sich zunehmend auf gemeinsame europäische Themen wie Wirtschaft, Migration, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel konzentrieren***; in der Erwägung, dass diese Fragen in nationalen Debatten allzu oft ausschließlich aus einem nationalen politischen Blickwinkel angegangen werden***; in der Erwägung, dass politische Parteien und Kandidaten dafür verantwortlich sind, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die politische Reaktion und Governance auf EU-Ebene zu informieren, einschließlich der Information der Bürgerinnen und Bürger über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen, mit denen sie im Parlament verbunden sind;	G. in der Erwägung, dass aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht[12], dass nationale Wahlkampagnen thematisch konvergieren und sich zunehmend auf gemeinsame europäische Themen wie Wirtschaft, Migration, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel konzentrieren; in der Erwägung, dass politische Parteien und Kandidaten dafür verantwortlich sind, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die politische Reaktion und Governance auf EU-Ebene zu informieren, einschließlich der Information der Bürgerinnen und Bürger über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen, mit denen sie im Parlament verbunden sind;
[12] Eurobarometer, EU-Umfrage nach der Wahl 2024.	[12] Eurobarometer, EU-Umfrage nach der Wahl 2024.

Or. en

Änderungsantrag 21
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht[12], dass ***nationale Wahlkampagnen thematisch konvergieren und sich zunehmend auf*** gemeinsame europäische Themen wie Wirtschaft, Migration, Rechtsstaatlichkeit	G. in der Erwägung, dass aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht[12], dass ***die Menschen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 aus Gründen, die*** gemeinsame europäische Themen wie ***Lebenshaltungskosten,*** Wirtschaft,

und Klimawandel ***konzentrieren***; in der Erwägung, dass diese Fragen in nationalen Debatten allzu oft ausschließlich aus einem nationalen politischen Blickwinkel angegangen werden; in der Erwägung, dass politische Parteien und Kandidaten dafür verantwortlich sind, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die politische Reaktion und Governance auf EU-Ebene zu informieren, einschließlich der Information der Bürgerinnen und Bürger über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen, mit denen sie im Parlament verbunden sind;

[12] Eurobarometer, EU-Umfrage nach der Wahl 2024.

Migration, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel ***betreffen, motiviert wurden, zur Wahl gehen***; in der Erwägung, dass diese Fragen in nationalen Debatten allzu oft ausschließlich aus einem nationalen politischen Blickwinkel angegangen werden; in der Erwägung, dass politische Parteien und Kandidaten dafür verantwortlich sind, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die politische Reaktion und Governance auf EU-Ebene zu informieren, einschließlich der Information der Bürgerinnen und Bürger über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen, mit denen sie im Parlament verbunden sind;

[12] Eurobarometer, EU-Umfrage nach der Wahl 2024.

Or. en

Änderungsantrag 22
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht[12], dass nationale Wahlkampagnen thematisch konvergieren und sich zunehmend auf gemeinsame europäische Themen wie Wirtschaft, Migration, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel konzentrieren; in der Erwägung, dass diese Fragen in nationalen Debatten ***allzu oft*** ausschließlich aus einem nationalen politischen Blickwinkel angegangen werden; in der Erwägung, dass politische Parteien und Kandidaten dafür verantwortlich sind, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die politische Reaktion und Governance auf EU-Ebene	G. in der Erwägung, dass aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage[12] hervorgeht, dass nationale Wahlkampagnen thematisch konvergieren und sich zunehmend auf gemeinsame europäische Themen wie Wirtschaft, Migration, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel konzentrieren; in der Erwägung, dass diese Fragen in nationalen Debatten ausschließlich aus einem nationalen politischen Blickwinkel angegangen werden; in der Erwägung, dass politische Parteien und Kandidaten dafür verantwortlich sind, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die politische Reaktion und Governance auf EU-Ebene

zu informieren, einschließlich der Information der Bürgerinnen und Bürger über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen, mit denen sie im Parlament verbunden sind;

[12] Eurobarometer, EU-Umfrage nach der Wahl 2024.

zu informieren, einschließlich der Information der Bürgerinnen und Bürger über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen, mit denen sie im Parlament verbunden sind;

[12] Eurobarometer, EU-Umfrage nach der Wahl 2024.

Or. pl

Änderungsantrag 23
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Erwägung H

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
H. in der Erwägung, dass ***in Ermangelung eines zentralen europäischen Wählerregisters der*** Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über mögliche Mehrfacheinträge ***nach wie vor eine Herausforderung darstellt, nicht zuletzt weil keine Daten über die doppelte Staatsbürgerschaft verfügbar sind***;	H. in der Erwägung, dass ***ein effizienter*** Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über mögliche Mehrfacheinträge ***ausreicht, um eine ordnungsgemäße Teilnahme an den Wahlen zu gewährleisten***;

Or. pl

Änderungsantrag 24
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung H

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
H. in der Erwägung, dass ***in Ermangelung eines zentralen europäischen Wählerregisters*** der Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über mögliche	H. in der Erwägung, dass der Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über mögliche Mehrfacheinträge nach wie vor eine Herausforderung darstellt, nicht zuletzt

Mehrfacheinträge nach wie vor eine Herausforderung darstellt, nicht zuletzt weil keine Daten über die doppelte Staatsbürgerschaft verfügbar sind;	weil keine Daten über die doppelte Staatsbürgerschaft verfügbar sind;

Or. fr

Änderungsantrag 25
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung H

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
H. in der Erwägung, dass ***in Ermangelung eines zentralen europäischen Wählerregisters*** der Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über mögliche Mehrfacheinträge nach wie vor eine Herausforderung darstellt, nicht zuletzt weil keine Daten über die doppelte Staatsbürgerschaft verfügbar sind;	H. in der Erwägung, dass der Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über mögliche Mehrfacheinträge nach wie vor eine Herausforderung darstellt, nicht zuletzt weil keine Daten über die doppelte Staatsbürgerschaft verfügbar sind;

Or. en

Änderungsantrag 26
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung H a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ha. in der Erwägung, dass die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Chancengleichheit in Bezug auf autochthone nationale Minderheiten, die im Europäischen Parlament unterrepräsentiert sind, berücksichtigt werden müssen, da nach dem umfassendsten Überblick über nationale Minderheiten in Europa[1a] die Minderheiten in der EU 29 844 468 der

447 000 000 Einwohner der EU (6,7 % der Gesamtbevölkerung) ausmachen; in der Erwägung, dass die Venedig-Kommission gewürdigt hat, dass garantierte Sitze, die Mitgliedern nationaler Minderheiten vorbehalten sind, niedrigere Sperrklauseln im Verhältniswahlrecht für Parteien, die nationale Minderheiten vertreten, oder die Benennung von Wahlbezirken wichtig sind, um die Teilnahme von Minderheiten an Entscheidungsfindungsprozessen zu verbessern[2a];

[1a] Pan, Christoph; Pfeil, Beate Sibylle; Videsott, Paul: Die Volksgruppen in Europa. 2. Auflage, überarbeitet und aktualisiert. Wien; Berlin: Verlag Österreich; Berliner Wissenschafts-Verlag 2018.

[2a] „Compilation of Venice Commission Opinions and Reports Concerning Electoral Systems and National Minorities“ (Zusammenstellung der Stellungnahmen und Berichte der Venedig-Kommission zum Thema Wahlsysteme und nationale Minderheiten) CDL-PI(2019)004, insbesondere ihr „Report on Electoral Law and National Minorities“ (Bericht über Wahlrecht und nationale Minderheiten) CDL-INF (2000).

Or. en

Änderungsantrag 27
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung I

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
I. in der Erwägung, dass ***besondere Maßnahmen*** die ***Wahlbeteiligung*** und ***die Vertretung unterrepräsentierter*** und	I. in der Erwägung, dass die ***EU davon absehen sollte, auf die Einführung von Frauenquoten oder Quoten für***

schutzbedürftiger Gruppen fördern; in der Erwägung, dass 11 Länder eine Frauenquote gesetzlich festgelegt haben;	***andere Gruppen zu bestehen, da Quotensysteme auf die Fisch-*** und ***Stahlproduktion*** und ***nicht auf Menschen Anwendung finden sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 28
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass rund 11 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat lebten, in ihrem Wohnsitzland wahlberechtigt waren; ***in der Erwägung, dass ihre Teilnahme in ihrem Wohnsitzland durch soziale, kulturelle und regulatorische Hindernisse, darunter Sprachbarrieren, eine Vielzahl von Registrierungsfristen und administrative Anforderungen, behindert wird; in der Erwägung, dass sein Standpunkt vom 14. Februar 2023[13], mit dem diese Hindernisse beseitigt werden sollten, vom Rat völlig ignoriert wurde;***	J. in der Erwägung, dass rund 11 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat lebten, in ihrem Wohnsitzland wahlberechtigt waren;

[13] Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (ABl. C 283, 11.8.2023, S. 100).

Or. fr

Änderungsantrag 29
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass rund 11 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat lebten, in ihrem Wohnsitzland wahlberechtigt waren; ***in der Erwägung, dass ihre Teilnahme in ihrem Wohnsitzland durch soziale, kulturelle und regulatorische Hindernisse, darunter Sprachbarrieren, eine Vielzahl von Registrierungsfristen und administrative Anforderungen, behindert wird; in der Erwägung, dass sein Standpunkt vom 14. Februar 2023[13], mit dem diese Hindernisse beseitigt werden sollten, vom Rat völlig ignoriert wurde;***	J. in der Erwägung, dass rund 11 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat lebten, in ihrem Wohnsitzland wahlberechtigt waren;

[13] Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (ABl. C 283, 11.8.2023, S. 100).

Or. en

Änderungsantrag 30
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass rund	J. in der Erwägung, dass rund

11 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat lebten, in ihrem Wohnsitzland wahlberechtigt waren; in der Erwägung, dass ihre Teilnahme in ihrem Wohnsitzland durch soziale, kulturelle und regulatorische Hindernisse, darunter Sprachbarrieren, eine Vielzahl von Registrierungsfristen und administrative Anforderungen, behindert wird; ***in der Erwägung, dass sein Standpunkt vom 14. Februar 2023[13], mit dem diese Hindernisse beseitigt werden sollten, vom Rat völlig ignoriert wurde;***	11 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat lebten, in ihrem Wohnsitzland wahlberechtigt waren; in der Erwägung, dass ihre Teilnahme in ihrem Wohnsitzland ***mitunter*** durch soziale, kulturelle und regulatorische Hindernisse, darunter Sprachbarrieren, eine Vielzahl von Registrierungsfristen und administrative Anforderungen, behindert wird;

[13] Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (ABl. C 283, 11.8.2023, S. 100).

Or. pl

Änderungsantrag 31
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass rund 11 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat lebten, in ihrem Wohnsitzland wahlberechtigt waren; in der Erwägung, dass ***ihre*** Teilnahme in ihrem Wohnsitzland ***durch soziale, kulturelle und regulatorische Hindernisse, darunter Sprachbarrieren, eine Vielzahl von Registrierungsfristen und*** administrative ***Anforderungen, behindert wird***; in der Erwägung, dass ***sein***	J. in der Erwägung, dass rund 11 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat lebten, in ihrem Wohnsitzland wahlberechtigt waren; in der Erwägung, dass ***sie bei ihrer*** Teilnahme in ihrem Wohnsitzland ***nach wie vor auf*** administrative ***Hindernisse stoßen***; in der Erwägung, dass ***der*** Standpunkt ***des Parlaments*** vom 14. Februar 2023[13], mit dem diese Hindernisse beseitigt werden sollten, vom

Standpunkt vom 14. Februar 2023[13], mit dem diese Hindernisse beseitigt werden sollten, vom Rat ***völlig*** ignoriert wurde;

[13] Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (ABl. C 283, 11.8.2023, S. 100).

Rat ignoriert wurde;

[13] Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (ABl. C 283, 11.8.2023, S. 100).

Or. en

Änderungsantrag 32
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Erwägung J a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ja. in der Erwägung, dass der historische Aufstieg rechtsextremer Parteien einen besorgniserregenden Wandel hin zu antidemokratischer Rhetorik im Parlament deutlich macht; in der Erwägung, dass die neue Sitzverteilung im Parlament dazu geführt hat, dass sich konservative Gruppen mit rechtsextremen Gruppen verbünden, um demokratische Diskussionen mit anderen demokratisch gesinnten Parteien zu vermeiden; in der Erwägung, dass diese Ergebnisse als Warnung dienen und wichtige Fragen hinsichtlich der anhaltenden Unterstützung der derzeitigen EU-Politik, insbesondere in Bezug auf Sozialdumping, aufwerfen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 33
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung J a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ja. in der Erwägung, dass eine gesunde Demokratie davon abhängt, dass die Wähler Zugang zu einer Vielzahl von Ideen, Perspektiven und Informationen haben; in der Erwägung, dass durch die Meinungsfreiheit sichergestellt wird, dass Kandidaten, Parteien, Medien sowie Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung äußern, über politische Maßnahmen diskutieren und Fakten frei austauschen können, wodurch den Wählern geholfen wird, fundierte Entscheidungen zu treffen;

Or. en

Änderungsantrag 34
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung J a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ja. in der Erwägung, dass mit Kommunikationskampagnen der Organe keinesfalls ein zentralistisches ideologisches Projekt zum Nachteil der Vielfalt der nationalen Modelle gefördert werden darf;

Or. fr

Änderungsantrag 35
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass die Verbreitung von Desinformation, einschließlich, aber nicht beschränkt auf soziale Medien, nach wie vor eine wachsende systemische Bedrohung für die europäischen Wahl- und Demokratieprozesse darstellt; in der Erwägung, dass die Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und Ermittlungen gegen bestimmte große Online-Plattformen eingeleitet hat, unter anderem wegen irreführender politischer Werbung und mangelnder Überwachung und Moderation von Inhalten, da die nationalen Koordinatoren für digitale Dienste nicht ernannt wurden oder die zuständigen Stellen nicht befugt sind, die im Gesetz über digitale Dienste vorgesehenen Aufgaben wahrzunehmen; in der Erwägung, dass sich insbesondere die Social-Media-Plattform X (ehemals Twitter) und ihr Eigentümer Elon Musk durch Unternehmenspolitik und -kommunikation weiterhin offen den Regulierungsbehörden der EU widersetzen;	***entfällt***

Or. pl

Änderungsantrag 36
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass die Verbreitung von Desinformation, einschließlich, aber nicht beschränkt auf soziale Medien, nach wie vor eine	K. in der Erwägung, dass die Verbreitung von Desinformation, einschließlich, aber nicht beschränkt auf soziale Medien, nach wie vor eine

wachsende systemische Bedrohung für die europäischen Wahl- und Demokratieprozesse darstellt; in der Erwägung, dass die Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und Ermittlungen gegen bestimmte große Online-Plattformen eingeleitet hat, unter anderem wegen irreführender politischer Werbung und mangelnder Überwachung und Moderation von Inhalten***, da die nationalen Koordinatoren für digitale Dienste nicht ernannt wurden oder die zuständigen Stellen nicht befugt sind, die im Gesetz über digitale Dienste vorgesehenen Aufgaben wahrzunehmen***; in der Erwägung, dass ***sich insbesondere die Social-Media-Plattform X (ehemals Twitter) und ihr Eigentümer*** Elon Musk ***durch Unternehmenspolitik und -kommunikation weiterhin offen den*** Regulierungsbehörden der EU ***widersetzen***;

Bedrohung für die europäischen Wahl- und Demokratieprozesse darstellt; in der Erwägung, dass die Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und Ermittlungen gegen bestimmte große Online-Plattformen eingeleitet hat, unter anderem wegen ***„***irreführender***“*** politischer Werbung und mangelnder Überwachung und Moderation von Inhalten; in der Erwägung, dass ***es*** Elon Musk ***wie jedem anderen freisteht, die EU-Politik oder die*** Regulierungsbehörden ***zu kritisieren; in*** der ***Erwägung, dass*** die ***EU davon Abstand nehmen sollte, Kritik als Desinformation zu bezeichnen***;

Or. en

Änderungsantrag 37
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass die Verbreitung von Desinformation, einschließlich, aber nicht beschränkt auf soziale Medien, nach wie vor eine wachsende systemische Bedrohung für die europäischen Wahl- und Demokratieprozesse darstellt; in der Erwägung, dass die Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und Ermittlungen gegen bestimmte große Online-Plattformen eingeleitet hat, unter anderem wegen irreführender politischer Werbung und mangelnder Überwachung und Moderation von Inhalten, da die nationalen Koordinatoren für digitale	K. ***in der Erwägung, dass sich Desinformation negativ auf eine gesunde politische Debatte auswirkt;*** in der Erwägung, dass die Verbreitung von Desinformation, einschließlich, aber nicht beschränkt auf soziale Medien, nach wie vor eine wachsende systemische Bedrohung für die europäischen Wahl- und Demokratieprozesse darstellt; in der Erwägung, dass die Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und Ermittlungen gegen bestimmte große Online-Plattformen eingeleitet hat, unter anderem wegen irreführender politischer Werbung und mangelnder Überwachung

Dienste nicht ernannt wurden oder die zuständigen Stellen nicht befugt sind, die im Gesetz über digitale Dienste vorgesehenen Aufgaben wahrzunehmen; ***in der Erwägung, dass sich insbesondere die Social-Media-Plattform X (ehemals Twitter) und ihr Eigentümer Elon Musk durch Unternehmenspolitik und -kommunikation weiterhin offen den Regulierungsbehörden der EU widersetzen;***	und Moderation von Inhalten, da die nationalen Koordinatoren für digitale Dienste nicht ernannt wurden oder die zuständigen Stellen nicht befugt sind, die im Gesetz über digitale Dienste vorgesehenen Aufgaben wahrzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 38
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
L. in der Erwägung, dass die meisten Bestimmungen der neuen Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung[14] zum Zeitpunkt der Europawahl noch nicht in Kraft getreten waren; in der Erwägung, dass diese Verordnung das Gesetz über digitale Dienste ergänzen ***und die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber Wahleinmischung stärken soll***;	L. in der Erwägung, dass die meisten Bestimmungen der neuen Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung[14] zum Zeitpunkt der Europawahl noch nicht in Kraft getreten waren; in der Erwägung, dass diese Verordnung das Gesetz über digitale Dienste ergänzen;
[14] Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, ABl. L, 2024/900, 20.3.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/900/oj.	[14] Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, ABl. L, 2024/900, 20.3.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/900/oj.

Or. pl

Änderungsantrag 39
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
L. in der Erwägung, dass die meisten Bestimmungen der neuen Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung[14] zum Zeitpunkt der Europawahl noch nicht in Kraft getreten waren; in der Erwägung, dass diese Verordnung das Gesetz über digitale Dienste ergänzen und die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber Wahleinmischung stärken soll;	L. in der Erwägung, dass die meisten Bestimmungen der neuen Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung***[1]*** zum Zeitpunkt der Europawahl noch nicht in Kraft getreten waren; in der Erwägung, dass diese Verordnung das Gesetz über digitale Dienste ergänzen und die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber Wahleinmischung stärken soll;

[14] Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, ABl. L, 2024/900, 20.3.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/900/oj.

Or. en

Änderungsantrag 40
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Erwägung L a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	La. in der Erwägung, dass es schwer feststellbar ist, ob das Parlament die soziale und demografische Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt; in der Erwägung, dass die Verwaltung des Parlaments nicht verlangt, dass die gewählten Vertreter Angaben zu ihrem Beruf machen; in der Erwägung, dass die gewählten Vertreter zwar in ihrer Erklärung über die finanziellen Interessen, die veröffentlicht wird, Angaben zu ihrer Berufstätigkeit machen

müssen, die Verwaltung des Parlaments jedoch keine Statistiken über diese Daten erstellt oder veröffentlicht; in der Erwägung, dass einige nationale Parlamente diese Informationen ausweisen; in der Erwägung, dass es im öffentlichen Interesse liegt, dass diese Informationen zusammengestellt und veröffentlicht werden, damit sichergestellt werden kann, dass alle sozioprofessionellen Kategorien im Parlament angemessen vertreten sind;

Or. en

Änderungsantrag 41
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Erwägung L b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Lb. in der Erwägung, dass die Verbesserung der Vertretung von Menschen mit Behinderungen im Parlament von entscheidender Bedeutung ist, um ein wirklich inklusives und vielfältiges Gesetzgebungsorgan zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 42
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Erwägung L c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Lc. in der Erwägung, dass es sich bei 25 % der Gesamtbevölkerung der EU um junge Europäer handelt, während nur 10 % der Sitze im Parlament von

gewählten Mitgliedern unter 30 Jahren besetzt sind;

Or. en

Änderungsantrag 43
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Erwägung L d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ld. in der Erwägung, dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 die Vertretung von Frauen im gesamten Parlament insgesamt zurückgegangen ist, wobei Frauen derzeit etwa 38,6 % der Sitze innehaben, verglichen mit 40 % im Jahr 2019;

Or. en

Änderungsantrag 44
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Erwägung L e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Le. in der Erwägung, dass die Verwendung der englischen Sprache ohne Verdolmetschung in den Verhandlungssitzungen mit den Berichterstattern und Schattenberichterstattern des Europäischen Parlaments sowie verspätet eingehende oder gar nicht vorhandene Übersetzungen von Texten der EU-Organe zusätzliche Hindernisse für eine vielfältigere und repräsentativere Vertretung der sozialen Vielfalt Europas im Europäischen Parlament darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 45
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass in der Empfehlung 16 des europäischen Bürgerforums 2 zu „Demokratie in Europa/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ der Konferenz zur Zukunft Europas ein Wahlrecht für das Europäische Parlament gefordert wurde, mit dem die Wahlbedingungen (Wahlalter, Wahltermin, Anforderungen an Wahlbezirke, Kandidaten, politische Parteien und ihre Finanzierung) harmonisiert werden, und dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, verschiedene Parteien auf EU-Ebene zu wählen, die jeweils aus Kandidaten aus mehreren Mitgliedstaaten bestehen, und dass die Bürgerinnen und Bürger während eines ausreichenden Übergangszeitraums weiterhin sowohl für nationale als auch für transnationale Parteien wählen können;	***entfällt***

Or. pl

Änderungsantrag 46
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass in der Empfehlung 16 des europäischen	***entfällt***

Bürgerforums 2 zu „Demokratie in Europa/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ der Konferenz zur Zukunft Europas ein Wahlrecht für das Europäische Parlament gefordert wurde, mit dem die Wahlbedingungen (Wahlalter, Wahltermin, Anforderungen an Wahlbezirke, Kandidaten, politische Parteien und ihre Finanzierung) harmonisiert werden, und dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, verschiedene Parteien auf EU-Ebene zu wählen, die jeweils aus Kandidaten aus mehreren Mitgliedstaaten bestehen, und dass die Bürgerinnen und Bürger während eines ausreichenden Übergangszeitraums weiterhin sowohl für nationale als auch für transnationale Parteien wählen können;

Or. en

Änderungsantrag 47
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass in der Empfehlung 16 des europäischen Bürgerforums 2 zu „Demokratie in Europa/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ der Konferenz zur Zukunft Europas ein Wahlrecht für das Europäische Parlament gefordert wurde***, mit dem die Wahlbedingungen (Wahlalter, Wahltermin, Anforderungen an Wahlbezirke, Kandidaten, politische Parteien und ihre Finanzierung) harmonisiert werden, und dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, verschiedene Parteien auf EU-Ebene zu wählen, die jeweils aus***	M. in der Erwägung, dass in der Empfehlung 16 des europäischen Bürgerforums 2 zu „Demokratie in Europa/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ der Konferenz zur Zukunft Europas ein Wahlrecht für das Europäische Parlament gefordert wurde***; in der Erwägung, dass hierbei das Wahlrecht jedes Mitgliedstaats zu beachten ist***;

Kandidaten aus mehreren Mitgliedstaaten bestehen, und dass die Bürgerinnen und Bürger während eines ausreichenden Übergangszeitraums weiterhin sowohl für nationale als auch für transnationale Parteien wählen können;

Or. fr

Änderungsantrag 48
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass in der Empfehlung 16 des europäischen Bürgerforums 2 zu „Demokratie in Europa/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ der Konferenz zur Zukunft Europas ein Wahlrecht für das Europäische Parlament gefordert wurde, mit dem die Wahlbedingungen (Wahlalter, Wahltermin, Anforderungen an Wahlbezirke, Kandidaten, politische Parteien und ihre Finanzierung) harmonisiert werden, und dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, verschiedene Parteien auf EU-Ebene zu wählen, die jeweils aus Kandidaten aus mehreren Mitgliedstaaten bestehen, und dass die Bürgerinnen und Bürger während eines ausreichenden Übergangszeitraums weiterhin sowohl für nationale als auch für transnationale Parteien wählen können;	M. in der Erwägung, dass ***es der Konferenz über die Zukunft Europas an jeglicher Form von demokratischer Legitimität mangelte und dass Anzeichen für eine Voreingenommenheit bei der Auswahl der Teilnehmer an der Konferenz festgestellt werden können; in der Erwägung, dass*** in der Empfehlung 16 des europäischen Bürgerforums 2 zu „Demokratie in Europa/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ der Konferenz zur Zukunft Europas ein Wahlrecht für das Europäische Parlament gefordert wurde, mit dem die Wahlbedingungen (Wahlalter, Wahltermin, Anforderungen an Wahlbezirke, Kandidaten, politische Parteien und ihre Finanzierung) harmonisiert werden, und dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, verschiedene Parteien auf EU-Ebene zu wählen, die jeweils aus Kandidaten aus mehreren Mitgliedstaaten bestehen, und dass die Bürgerinnen und Bürger während eines ausreichenden Übergangszeitraums weiterhin sowohl für nationale als auch für transnationale Parteien wählen können;

Or. en

Änderungsantrag 49
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass die jüngsten geopolitischen Turbulenzen, einschließlich der COVID-19-Pandemie, des grundlosen und ungerechtfertigten umfassenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und einer besorgniserregenden Verschiebung der transatlantischen Beziehungen, ein Katalysator für Desinformationsnarrative waren;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 50
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass die jüngsten geopolitischen Turbulenzen, einschließlich ***der COVID-19-Pandemie,*** des grundlosen und ungerechtfertigten umfassenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ***und einer besorgniserregenden Verschiebung der transatlantischen Beziehungen***, ein Katalysator für Desinformationsnarrative waren;	N. in der Erwägung, dass die jüngsten geopolitischen Turbulenzen, einschließlich des grundlosen und ungerechtfertigten umfassenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, ein Katalysator für Desinformationsnarrative waren;

Or. pl

Änderungsantrag 51
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass die jüngsten geopolitischen Turbulenzen, einschließlich der COVID-19-Pandemie, des grundlosen und ungerechtfertigten umfassenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und einer ***besorgniserregenden*** Verschiebung der transatlantischen Beziehungen, ein Katalysator für Desinformationsnarrative waren;	N. in der Erwägung, dass die jüngsten geopolitischen Turbulenzen, einschließlich der COVID-19-Pandemie, des grundlosen und ungerechtfertigten umfassenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und ***rechtsextreme Narrative, die zu*** einer Verschiebung der transatlantischen Beziehungen ***geführt haben***, ein Katalysator für Desinformationsnarrative waren;

Or. en

Änderungsantrag 52
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass die jüngsten geopolitischen Turbulenzen, einschließlich der COVID-19-Pandemie**,** des grundlosen und ungerechtfertigten umfassenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ***und einer besorgniserregenden Verschiebung der transatlantischen Beziehungen***, ein Katalysator für ***Desinformationsnarrative*** waren;	N. in der Erwägung, dass die jüngsten geopolitischen Turbulenzen, einschließlich der COVID-19-Pandemie ***und*** des grundlosen und ungerechtfertigten umfassenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, ein Katalysator für ***Desinformation*** waren;

Or. en

Änderungsantrag 53
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass die bevorstehende Erweiterung eine tiefgreifende Reform des institutionellen Aufbaus und des Wahlrahmens der Union erfordern wird; in der Erwägung, dass eine Union mit mehr als 30 Mitgliedstaaten nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter gestaltet und auf der Grundlage eines wahrhaft europäischen und transnationalen demokratischen Raums aufgebaut wird;	***entfällt***

Or. pl

Änderungsantrag 54
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass ***die bevorstehende Erweiterung eine tiefgreifende Reform des institutionellen Aufbaus und des Wahlrahmens der Union erfordern wird; in der Erwägung, dass*** eine Union mit mehr als 30 Mitgliedstaaten nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter gestaltet ***und auf der Grundlage eines wahrhaft europäischen und transnationalen demokratischen Raums aufgebaut*** wird;	O. in der Erwägung, dass eine Union mit mehr als 30 Mitgliedstaaten nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter ***und demokratischer*** gestaltet wird;

Or. fr

Änderungsantrag 55
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass die bevorstehende Erweiterung eine tiefgreifende Reform des institutionellen Aufbaus und des Wahlrahmens der Union erfordern wird; in der Erwägung, dass eine Union mit mehr als 30 Mitgliedstaaten nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter gestaltet und auf der ***Grundlage eines wahrhaft europäischen*** und ***transnationalen demokratischen Raums*** aufgebaut wird;	O. in der Erwägung, dass die bevorstehende Erweiterung eine tiefgreifende Reform des institutionellen Aufbaus und des Wahlrahmens der Union erfordern wird; in der Erwägung, dass eine Union mit mehr als 30 Mitgliedstaaten nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter gestaltet und auf der ***Tatsache, dass es einer sozialen Aufwärtskonvergenz*** und ***Harmonisierung bedarf,*** aufgebaut wird***, um die Schaffung einer stabilen, integrativen und kohäsiven europäischen Gesellschaft sicherzustellen***;

Or. en

Änderungsantrag 56
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass die ***bevorstehende*** Erweiterung eine tiefgreifende Reform des institutionellen Aufbaus und des Wahlrahmens der Union erfordern wird; in der Erwägung, dass ***eine*** Union ***mit mehr als 30 Mitgliedstaaten*** nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter gestaltet und	O. in der Erwägung, dass die Erweiterung ***unweigerlich*** eine tiefgreifende Reform des institutionellen Aufbaus und des Wahlrahmens der Union erfordern wird; in der Erwägung, dass ***die*** Union nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter gestaltet und auf der Grundlage ***der Achtung der***

auf der Grundlage ***eines wahrhaft europäischen*** und ***transnationalen demokratischen Raums*** aufgebaut wird;

nationalen Zuständigkeiten und ***der Grundsätze der begrenzten Einzelermächtigung, der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit*** aufgebaut wird;

Or. en

Änderungsantrag 57
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass die bevorstehende Erweiterung eine tiefgreifende Reform des institutionellen Aufbaus und des Wahlrahmens der Union erfordern wird; in der Erwägung, dass eine Union mit mehr als 30 Mitgliedstaaten nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter gestaltet und auf der Grundlage eines wahrhaft europäischen und transnationalen demokratischen Raums aufgebaut wird;	O. in der Erwägung, dass die bevorstehende ***substanzielle*** Erweiterung eine tiefgreifende Reform des institutionellen Aufbaus und des Wahlrahmens der Union erfordern wird; in der Erwägung, dass eine Union mit mehr als 30 Mitgliedstaaten nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter gestaltet und auf der Grundlage eines wahrhaft europäischen und transnationalen demokratischen Raums aufgebaut wird;

Or. en

Änderungsantrag 58
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass die bevorstehende Erweiterung eine	O. in der Erwägung, dass die bevorstehende Erweiterung eine

tiefgreifende Reform des institutionellen Aufbaus ***und des Wahlrahmens*** der Union erfordern wird; in der Erwägung, dass eine Union mit mehr als 30 Mitgliedstaaten nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter gestaltet und auf der Grundlage eines ***wahrhaft europäischen und transnationalen*** demokratischen Raums aufgebaut wird;	tiefgreifende Reform des institutionellen Aufbaus der Union erfordern wird***, die möglicherweise auch den Wahlrahmen betrifft***; in der Erwägung, dass eine Union mit mehr als 30 Mitgliedstaaten nur dann ein relevanter und unabhängiger globaler Akteur sein und nur dann ordnungsgemäß funktionieren kann, wenn ihre Entscheidungsfindung weniger bürokratisch und effizienter gestaltet und auf der Grundlage eines ***geteilten*** demokratischen Raums aufgebaut wird;

Or. en

Änderungsantrag 59
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Erwägung O a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Oa. in der Erwägung, dass anhaltende Skandale, an denen die Unionsorgane beteiligt sind, wie Qatargate, Pfizergate, Huaweigate, Timmermansgate und Reyndersgate, sowie der mangelnde politische Wille, diese Skandale angemessen und unverzüglich zu behandeln, das Risiko bergen, die Bürgerinnen und Bürger weiter von der EU zu entfremden, wodurch wiederum die demokratische Legitimität der Beschlussfassung der EU weiter beeinträchtigt werden könnte;

Or. en

Änderungsantrag 60
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. weist darauf hin, dass die Eignung und Fähigkeit der EU, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Namen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen, weitgehend von der Widerstandsfähigkeit und Integrität ihrer Wahlen und demokratischen Prozesse abhängt; betont, dass diese nicht als selbstverständlich angesehen werden können und durch einen kohärenten ***politischen*** Rahmen ***gestärkt und*** geschützt werden müssen; ***ist davon überzeugt, dass diese Arbeit noch lange nicht abgeschlossen ist und dass die politischen Anstrengungen intensiviert werden müssen, um die Beteiligung an Wahlen zu erhöhen und die Union weniger bürokratisch, demokratischer und wirksamer bei der Entscheidungsfindung zu machen;***	1. weist darauf hin, dass die Eignung und Fähigkeit der EU, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Namen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen, weitgehend von der Widerstandsfähigkeit und Integrität ihrer Wahlen und demokratischen Prozesse abhängt; betont, dass diese nicht als selbstverständlich angesehen werden können und durch einen kohärenten ***gesetzlichen*** Rahmen geschützt werden müssen;

Or. pl

Änderungsantrag 61
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. weist darauf hin, dass die Eignung und Fähigkeit der EU, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Namen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen, weitgehend von der Widerstandsfähigkeit und Integrität ihrer Wahlen und demokratischen Prozesse ***abhängt***; betont, dass diese nicht als selbstverständlich angesehen werden können und durch einen kohärenten politischen Rahmen gestärkt und geschützt werden müssen; ***ist davon überzeugt, dass diese Arbeit noch lange nicht abgeschlossen ist und dass die politischen***	1. weist darauf hin, dass die Eignung und Fähigkeit der EU, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Namen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen, weitgehend von der ***Fähigkeit abhängt, gesunde demokratische Debatten aufrechtzuerhalten und zu fördern sowie die*** Widerstandsfähigkeit und Integrität ihrer Wahlen und demokratischen Prozesse ***sicherzustellen***; betont, dass diese nicht als selbstverständlich angesehen werden können und durch einen kohärenten politischen Rahmen gestärkt und geschützt

Anstrengungen intensiviert werden müssen, um die Beteiligung an Wahlen zu erhöhen und die Union weniger bürokratisch, demokratischer und wirksamer bei der Entscheidungsfindung zu machen;

werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 62
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. begrüßt die relativ hohe Wahlbeteiligung bei der 10. Wahl zum Europäischen Parlament, die mit einer Gesamtbeteiligung von 50,74 % im Vergleich zur Wahl 2019 leicht gestiegen ist; ***ist davon überzeugt, dass diese Zahlen ein stärkeres Engagement der Öffentlichkeit für das europäische Projekt und die zunehmende Bedeutung des Parlaments und seine Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln; ist jedoch besorgt über die sehr unterschiedlichen Beteiligungsquoten zwischen den Mitgliedstaaten und ist weiterhin entschlossen, die politischen Anstrengungen zu verstärken, um die Kluft zu schließen und die Beteiligung aller Gruppen in der EU zu erhöhen;***	2. begrüßt die relativ hohe Wahlbeteiligung bei der 10. Wahl zum Europäischen Parlament, die mit einer Gesamtbeteiligung von 50,74 % im Vergleich zur Wahl 2019 leicht gestiegen ist;

Or. pl

Änderungsantrag 63
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. begrüßt die relativ hohe Wahlbeteiligung bei der 10. Wahl zum Europäischen Parlament, die mit einer Gesamtbeteiligung von 50,74 % im Vergleich zur Wahl 2019 leicht gestiegen ist***; ist davon überzeugt, dass diese Zahlen ein stärkeres Engagement der Öffentlichkeit für das europäische Projekt und die zunehmende Bedeutung des Parlaments und seine Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln***; ist jedoch besorgt über die sehr unterschiedlichen Beteiligungsquoten zwischen den Mitgliedstaaten und ist weiterhin entschlossen, die politischen Anstrengungen zu verstärken, um die Kluft zu schließen und die Beteiligung aller Gruppen in der EU zu erhöhen;	2. begrüßt die relativ hohe Wahlbeteiligung bei der 10. Wahl zum Europäischen Parlament, die mit einer Gesamtbeteiligung von 50,74 % im Vergleich zur Wahl 2019 leicht gestiegen ist***, wobei diese aber immer noch deutlich unter der Wahlbeteiligung von 56,67 % der Wählerschaft bei der Wahl zum Europäischen Parlament 1994 lag, obwohl die EU und die Mitgliedstaaten Milliarden Euro für Wahlkampagnen ausgegeben haben und einige Mitgliedstaaten das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt haben***; ist jedoch besorgt über die sehr unterschiedlichen Beteiligungsquoten zwischen den Mitgliedstaaten und ist weiterhin entschlossen, die politischen Anstrengungen zu verstärken, um die Kluft zu schließen und die Beteiligung aller Gruppen in der EU zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 64
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. begrüßt die relativ hohe Wahlbeteiligung bei der 10. Wahl zum Europäischen Parlament, die mit einer Gesamtbeteiligung von 50,74 % im Vergleich zur Wahl 2019 leicht gestiegen ist; ***ist davon überzeugt,*** dass diese Zahlen ein stärkeres ***Engagement der Öffentlichkeit für das europäische Projekt*** und die zunehmende Bedeutung des Parlaments und seine Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger ***widerspiegeln***; ist jedoch besorgt über die sehr unterschiedlichen	2. begrüßt die relativ hohe Wahlbeteiligung bei der 10. Wahl zum Europäischen Parlament, die mit einer Gesamtbeteiligung von 50,74 % im Vergleich zur Wahl 2019 leicht gestiegen ist; ***stellt fest,*** dass diese Zahlen ***auf*** ein stärkeres ***öffentliches Interesse an europäischen Angelegenheiten*** und ***auf*** die zunehmende Bedeutung des Parlaments und seine Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger ***hinweisen könnten***; ist jedoch besorgt über die sehr unterschiedlichen

Beteiligungsquoten zwischen den Mitgliedstaaten und ist weiterhin entschlossen, die politischen Anstrengungen zu verstärken, um die Kluft zu schließen und die Beteiligung aller Gruppen in der EU zu erhöhen;	Beteiligungsquoten zwischen den Mitgliedstaaten und ist weiterhin entschlossen, die politischen Anstrengungen zu verstärken, um die Kluft zu schließen und die Beteiligung aller Gruppen in der EU zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 65
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. bedauert, dass durch die neue Mehrheit die Weiterentwicklung einer sozialen und grünen Agenda in einer Zeit erheblicher geopolitischer, sozialer und ökologischer Krisen behindert wird, und betont, dass konzertierte Anstrengungen unternommen werden müssen, um sicherzustellen, dass die Sozial- und Umweltpolitik angesichts dieser Herausforderungen nach wie vor eine Priorität bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 66
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. begrüßt die Bemühungen der europäischen Organe und der Europäischen Rundfunkunion, die Sichtbarkeit der Kandidaten bei der Europawahl auf dem gesamten Kontinent zu erhöhen, unter anderem durch eine Reihe hochkarätiger	3. begrüßt die Bemühungen der europäischen Organe und der Europäischen Rundfunkunion, die Sichtbarkeit der Kandidaten bei der Europawahl auf dem gesamten Kontinent zu erhöhen, unter anderem durch eine Reihe hochkarätiger

europaweiter Debatten, bei denen Spitzenkandidaten aus den verschiedenen politischen Familien zusammenkamen, sowie durch die Debatten zu „Get the vote out“, bei denen junge Menschen in Europa sensibilisiert werden; ***begrüßt*** die ***positiven Auswirkungen seiner eigenen institutionellen Kommunikationsstrategie, die darauf abzielte, das Bewusstsein für die*** Wahlen ***zu schärfen, indem sie ihre Bedeutung durch den Slogan*** „Use your vote, or others will decide for you“ (Nutzen Sie Ihre Stimme oder andere entscheiden für Sie) ***hervorhob***; ist der Ansicht, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und mit den Wahlbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine höhere Wahlbeteiligung verbessert hat, und verpflichtet sich, die Koordinierungsbemühungen in diesem Bereich zu verstärken; ***betont, dass Netzwerke der Zivilgesellschaft und privater Partner („Multiplikatoren“) genutzt werden müssen, um eine größere Reichweite bei geringeren Kosten zu erreichen, was durch Werbung im Wert von insgesamt*** 43 Mio. EUR ***hervorgehoben wird,*** die ***2024 kostenlos erreicht wurde; fordert weitere erhebliche Investitionen, um die Reichweite dieser Kampagnen*** und ***Sendungen für*** die ***Wahl im Jahr 2029 zu erweitern; unterstreicht*** die ***wichtige und positive Rolle*** der ***Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments bei der Europawahl***;

europaweiter Debatten, bei denen Spitzenkandidaten aus den verschiedenen politischen Familien zusammenkamen, sowie durch die Debatten zu „Get the vote out“, bei denen junge Menschen in Europa sensibilisiert werden; ***hebt hervor, dass trotz dieser Bemühungen*** die ***Beteiligung junger Menschen (unter 25 Jahren) an der Wahl zum Europäischen Parlament im Vergleich zu den*** Wahlen ***2019 um 6 % gesunken ist, und zwar von 42 % im Jahr 2019 auf 36 % im Jahr 2024; ist der Ansicht, dass das Parlament seinen eigenen Wahlslogan*** „Use your vote, or others will decide for you“ (Nutzen Sie Ihre Stimme oder andere entscheiden für Sie) ***nicht befolgt hat, indem es die drittgrößte Fraktion im Parlament vom Präsidium des Europäischen Parlaments, den Ausschüssen und den Delegationen sowie von der Mitunterzeichnung gemeinsamer Entschließungsanträge ausgeschlossen hat; ist der Ansicht, dass durch den Ausschluss der am schnellsten wachsenden politischen Gruppierung im Parlament von Führungspositionen die europäische Öffentlichkeit noch weiter von den Unionsorganen entfremdet wird***; ist der Ansicht, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und mit den Wahlbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine höhere Wahlbeteiligung verbessert hat, und verpflichtet sich, die Koordinierungsbemühungen in diesem Bereich zu verstärken; ***äußert seine Besorgnis darüber, dass*** 43 Mio. EUR ***in*** die ***Förderung der EU-Integration geflossen sind*** und ***dass euroskeptische Stimmen an den Rand gedrängt oder als Vertreter von Drittländern dargestellt wurden, obwohl auch Mitglieder des Europäischen Parlaments aus traditionellen politischen Gruppierungen in*** die ***aktuellen Bestechungsskandale verwickelt sind; ist der Ansicht, dass es*** die ***Aufgabe*** der ***öffentlichen Einrichtungen ist, die Debatte zu fördern und nicht die Opposition vom***

demokratischen Prozess auszuschließen oder eine integrationsfeindliche, föderalistische Sichtweise zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 67
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. begrüßt die Bemühungen der europäischen Organe und der Europäischen Rundfunkunion, die Sichtbarkeit der Kandidaten bei der Europawahl auf dem gesamten Kontinent zu erhöhen, unter anderem durch eine Reihe hochkarätiger europaweiter Debatten, bei denen Spitzenkandidaten aus den verschiedenen politischen Familien zusammenkamen, sowie durch die Debatten zu „Get the vote out“, bei denen junge Menschen in Europa sensibilisiert werden; begrüßt die positiven Auswirkungen seiner eigenen institutionellen Kommunikationsstrategie, die darauf abzielte, das Bewusstsein für die Wahlen zu schärfen, indem sie ihre Bedeutung durch den Slogan „Use your vote, or others will decide for you“ (Nutzen Sie Ihre Stimme oder andere entscheiden für Sie) hervorhob; ist der Ansicht, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und mit den Wahlbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine höhere Wahlbeteiligung verbessert hat, und verpflichtet sich, die Koordinierungsbemühungen in diesem Bereich zu verstärken; ***betont, dass Netzwerke der Zivilgesellschaft und privater Partner („Multiplikatoren“) genutzt werden müssen, um eine größere Reichweite bei geringeren Kosten zu erreichen, was durch Werbung im Wert von insgesamt 43 Mio. EUR***	3. begrüßt die Bemühungen der europäischen Organe und der Europäischen Rundfunkunion, die Sichtbarkeit der Kandidaten bei der Europawahl auf dem gesamten Kontinent zu erhöhen, unter anderem durch eine Reihe hochkarätiger europaweiter Debatten, bei denen Spitzenkandidaten aus den verschiedenen politischen Familien zusammenkamen, sowie durch die Debatten zu „Get the vote out“, bei denen junge Menschen in Europa sensibilisiert werden; begrüßt die positiven Auswirkungen seiner eigenen institutionellen Kommunikationsstrategie, die darauf abzielte, das Bewusstsein für die Wahlen zu schärfen, indem sie ihre Bedeutung durch den Slogan „Use your vote, or others will decide for you“ (Nutzen Sie Ihre Stimme oder andere entscheiden für Sie) hervorhob; ist der Ansicht, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und mit den Wahlbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine höhere Wahlbeteiligung verbessert hat, und verpflichtet sich, die Koordinierungsbemühungen in diesem Bereich zu verstärken; fordert weitere erhebliche Investitionen, um die Reichweite dieser Kampagnen und Sendungen für die Wahl im Jahr 2029 zu erweitern; unterstreicht die wichtige und positive Rolle der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments bei der

hervorgehoben wird, die 2024 kostenlos erreicht wurde; fordert weitere erhebliche Investitionen, um die Reichweite dieser Kampagnen und Sendungen für die Wahl im Jahr 2029 zu erweitern; unterstreicht die wichtige und positive Rolle der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments bei der Europawahl;

Europawahl;

Or. en

Änderungsantrag 68
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. begrüßt die Bemühungen der europäischen Organe und der Europäischen Rundfunkunion, die Sichtbarkeit der Kandidaten bei der Europawahl auf dem gesamten Kontinent zu erhöhen, unter anderem durch eine Reihe hochkarätiger europaweiter Debatten, bei denen Spitzenkandidaten aus den verschiedenen politischen Familien zusammenkamen, sowie durch die Debatten zu „Get the vote out“, bei denen junge Menschen in Europa sensibilisiert werden; begrüßt die positiven Auswirkungen seiner eigenen institutionellen Kommunikationsstrategie, die darauf abzielte, das Bewusstsein für die Wahlen zu schärfen, indem sie ihre Bedeutung durch den Slogan „Use your vote, or others will decide for you“ (Nutzen Sie Ihre Stimme oder andere entscheiden für Sie) hervorhob; ist der Ansicht, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und mit den Wahlbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine höhere Wahlbeteiligung verbessert hat, und verpflichtet sich, die Koordinierungsbemühungen in diesem Bereich zu verstärken; betont, dass Netzwerke der Zivilgesellschaft ***und***	3. begrüßt die Bemühungen der europäischen Organe und der Europäischen Rundfunkunion, die Sichtbarkeit der Kandidaten bei der Europawahl auf dem gesamten Kontinent zu erhöhen, unter anderem durch eine Reihe hochkarätiger europaweiter Debatten, bei denen Spitzenkandidaten aus den verschiedenen politischen Familien zusammenkamen, sowie durch die Debatten zu „Get the vote out“, bei denen junge Menschen in Europa sensibilisiert werden; begrüßt die positiven Auswirkungen seiner eigenen institutionellen Kommunikationsstrategie, die darauf abzielte, das Bewusstsein für die Wahlen zu schärfen, indem sie ihre Bedeutung durch den Slogan „Use your vote, or others will decide for you“ (Nutzen Sie Ihre Stimme oder andere entscheiden für Sie) hervorhob; ist der Ansicht, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und mit den Wahlbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine höhere Wahlbeteiligung verbessert hat, und verpflichtet sich, die Koordinierungsbemühungen in diesem Bereich zu verstärken; betont, dass Netzwerke der Zivilgesellschaft genutzt

privater Partner („Multiplikatoren“) genutzt werden müssen, um eine größere Reichweite ***bei geringeren Kosten*** zu erreichen***, was durch Werbung im Wert von insgesamt 43 Mio. EUR hervorgehoben wird, die 2024 kostenlos erreicht wurde***; fordert weitere erhebliche Investitionen, um die Reichweite dieser Kampagnen und Sendungen für die Wahl im Jahr 2029 zu erweitern; unterstreicht die wichtige und positive Rolle der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments bei der Europawahl;

werden müssen, um eine größere Reichweite zu erreichen; fordert weitere erhebliche Investitionen, um die Reichweite dieser Kampagnen und Sendungen für die Wahl im Jahr 2029 zu erweitern; unterstreicht die wichtige und positive Rolle der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments bei der Europawahl;

Or. en

Änderungsantrag 69
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. begrüßt die Bemühungen der europäischen Organe und der Europäischen Rundfunkunion, die Sichtbarkeit der Kandidaten bei der Europawahl auf dem gesamten Kontinent zu erhöhen, unter anderem durch eine Reihe hochkarätiger europaweiter Debatten, bei denen Spitzenkandidaten aus den verschiedenen politischen Familien zusammenkamen, sowie durch die Debatten zu „Get the vote out“, bei denen junge Menschen in Europa sensibilisiert werden; ***begrüßt*** die positiven Auswirkungen seiner eigenen institutionellen Kommunikationsstrategie, die darauf abzielte, das Bewusstsein für die Wahlen zu schärfen, indem sie ihre Bedeutung durch den Slogan „Use your vote, or others will decide for you“ (Nutzen Sie Ihre Stimme oder andere entscheiden für Sie) hervorhob; ist der Ansicht, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und mit den Wahlbehörden der Mitgliedstaaten im	3. begrüßt die Bemühungen der europäischen Organe und der Europäischen Rundfunkunion, die Sichtbarkeit der Kandidaten bei der Europawahl auf dem gesamten Kontinent zu erhöhen, unter anderem durch eine Reihe hochkarätiger europaweiter Debatten, bei denen Spitzenkandidaten aus den verschiedenen politischen Familien zusammenkamen, sowie durch die Debatten zu „Get the vote out“, bei denen junge Menschen in Europa sensibilisiert werden; ***nimmt*** die positiven Auswirkungen seiner eigenen institutionellen Kommunikationsstrategie ***zur Kenntnis***, die darauf abzielte, das Bewusstsein für die Wahlen zu schärfen, indem sie ihre Bedeutung durch den Slogan „Use your vote, or others will decide for you“ (Nutzen Sie Ihre Stimme oder andere entscheiden für Sie) hervorhob; ***weist auf alarmierende Informationen hin, wonach es sich bei den angeblich Kampagnen zur Förderung***

Hinblick auf eine höhere Wahlbeteiligung verbessert hat***, und verpflichtet sich, die Koordinierungsbemühungen in diesem Bereich zu verstärken; betont, dass Netzwerke der Zivilgesellschaft und privater Partner („Multiplikatoren“) genutzt werden müssen, um eine größere Reichweite bei geringeren Kosten zu erreichen, was durch Werbung im Wert von insgesamt 43 Mio. EUR hervorgehoben wird, die 2024 kostenlos erreicht wurde; fordert weitere erhebliche Investitionen, um die Reichweite dieser Kampagnen und Sendungen für die Wahl im Jahr 2029 zu erweitern***; unterstreicht die wichtige und positive Rolle der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments bei der Europawahl;

der Wahlbeteiligung in einigen Mitgliedstaaten tatsächlich um extern finanzierte Eingriffe von Drittländern handelt, die bestimmte Parteien unterstützen und die Wähler und Wahlprogramme anderer verunglimpfen, darunter die bestätigten Fälle bei den Parlamentswahlen 2023 und bei der Präsidentschaftswahl 2025 in Polen; fordert die EU-Organe und die Mitgliedstaaten auf, Lehren aus diesen inakzeptablen Ereignissen zu ziehen; ist der Ansicht, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und mit den Wahlbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine höhere Wahlbeteiligung verbessert hat; unterstreicht die wichtige und positive Rolle der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments bei der Europawahl;

Or. pl

Änderungsantrag 70
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass ***die Schaffung eines*** europäischen „Demos“ und ***eines gemeinsamen demokratischen Raums in erster Linie einen*** kulturellen ***Wandel auf*** der ***Grundlage einer langfristigen Strategie*** und ***angemessener Ressourcen für die Stärkung des europäischen Bewusstseins und*** der ***Unionsbürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit*** der ***Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Interessenträgern erfordert***; ***bedauert,*** dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, ***allzu oft*** aus rein nationaler politischer Sicht angegangen werden, selbst wenn diese Kampagnen	4. betont, dass ***es so etwas wie einen*** europäischen „Demos“ ***nicht gibt,*** und ***fordert die öffentlichen Organe auf, von*** kulturellen ***Veränderungen Abstand zu nehmen; ist*** der ***Ansicht, dass es sich beim „cultural engineering“*** und der ***Nationenbildung um gescheiterte Experimente der Vergangenheit handelt, die in den Geschichtsbüchern und nicht auf*** der ***politischen Agenda stehen sollten***; ***ist sich der Tatsache bewusst***, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, aus rein nationaler politischer Sicht angegangen werden, selbst wenn diese Kampagnen gemeinsame europäische

gemeinsame europäische Themen ansprechen***; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die*** nationalen ***Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments, denen die nationalen Parteien angehören***; fordert die nationalen Parteien auf, die ***Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren,*** und ***verpflichtet sich, dafür ein günstiges Regelungsumfeld zu schaffen***;

Themen ansprechen***, da die Bürgerinnen und Bürger von ihren Politikern erwarten, dass sie ihre*** nationalen ***Interessen verteidigen***; fordert die nationalen Parteien auf, die ***Grundsätze der begrenzten Einzelermächtigung, der Subsidiarität*** und ***der Verhältnismäßigkeit zu beachten***;

Or. en

Änderungsantrag 71
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Schaffung eines europäischen „Demos“ ***und eines gemeinsamen demokratischen Raums in erster Linie einen kulturellen Wandel auf der Grundlage einer langfristigen Strategie und angemessener Ressourcen für die Stärkung des europäischen Bewusstseins und der Unionsbürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Interessenträgern erfordert***; ***bedauert***, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, ***allzu oft*** aus ***rein*** nationaler politischer Sicht angegangen werden, ***selbst*** wenn diese Kampagnen ***gemeinsame*** europäische Themen ansprechen; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die nationalen	4. betont, dass die Schaffung eines europäischen „Demos“ ***vor allem auf einer europäischen Kultur beruhen muss, die auf dem römischen Recht, der griechischen Philosophie und der christlichen Ethik beruht***; ***stellt fest***, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, aus nationaler politischer Sicht angegangen werden, ***auch*** wenn diese Kampagnen europäische Themen ansprechen; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die nationalen Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments, denen die nationalen Parteien angehören; fordert die nationalen Parteien

Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments, denen die nationalen Parteien angehören; fordert die nationalen Parteien auf, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren***, und verpflichtet sich, dafür ein günstiges Regelungsumfeld zu schaffen***;	auf, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren;

Or. pl

Änderungsantrag 72
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Schaffung ***eines europäischen „Demos“ und*** eines gemeinsamen demokratischen Raums in erster Linie einen ***kulturellen*** Wandel auf der Grundlage einer langfristigen Strategie und angemessener Ressourcen für die Stärkung des europäischen Bewusstseins und der Unionsbürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Interessenträgern erfordert; ***bedauert***, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, allzu oft aus rein nationaler politischer Sicht angegangen werden, selbst wenn diese Kampagnen gemeinsame europäische Themen ansprechen; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die nationalen Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments,	4. betont, dass die Schaffung eines gemeinsamen demokratischen Raums in erster Linie einen ***politischen*** Wandel auf der Grundlage einer langfristigen Strategie und angemessener Ressourcen für die Stärkung des europäischen Bewusstseins und der Unionsbürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Interessenträgern erfordert***, um die Schaffung einer fairen und integrativen europäischen Gesellschaft sicherzustellen***; ***stellt fest***, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, allzu oft aus rein nationaler politischer Sicht angegangen werden, selbst wenn diese Kampagnen gemeinsame europäische Themen ansprechen; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die nationalen Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die

denen die nationalen Parteien angehören; fordert die nationalen Parteien auf, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren, und verpflichtet sich, dafür ein günstiges Regelungsumfeld zu schaffen;

europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments, denen die nationalen Parteien angehören; fordert die nationalen Parteien auf, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren, und verpflichtet sich, dafür ein günstiges Regelungsumfeld zu schaffen;

Or. en

Änderungsantrag 73
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Schaffung eines europäischen „Demos“ und eines gemeinsamen demokratischen Raums in erster Linie einen kulturellen Wandel auf der Grundlage einer langfristigen Strategie und angemessener Ressourcen für die Stärkung des europäischen Bewusstseins und der Unionsbürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Interessenträgern erfordert; bedauert, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, allzu oft aus rein nationaler politischer Sicht angegangen werden, selbst wenn diese Kampagnen gemeinsame europäische Themen ansprechen; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die nationalen Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments, denen die nationalen Parteien angehören; fordert die nationalen Parteien auf, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen	4. betont, dass die Schaffung eines europäischen „Demos“ und eines gemeinsamen demokratischen Raums in erster Linie einen kulturellen Wandel auf der Grundlage einer langfristigen Strategie und angemessener Ressourcen für die Stärkung des europäischen Bewusstseins und der Unionsbürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Interessenträgern erfordert; bedauert, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, allzu oft aus rein nationaler politischer Sicht angegangen werden, selbst wenn diese Kampagnen gemeinsame europäische Themen ansprechen; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die nationalen Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments, denen die nationalen Parteien angehören; fordert die nationalen Parteien auf, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen

Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren***,*** und verpflichtet sich, dafür ein günstiges Regelungsumfeld zu schaffen;	Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren und ***ihre europäische Sichtbarkeit zu verbessern;*** verpflichtet sich, dafür ein günstiges Regelungsumfeld zu schaffen;

Or. en

Änderungsantrag 74
Klára Dobrev, Gabriele Bischoff, Idoia Mendia, Vasile Dîncu, Brando Benifei, Juan Fernando López Aguilar, Marc Angel

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Schaffung eines europäischen „Demos“ und eines gemeinsamen demokratischen Raums in erster Linie einen kulturellen Wandel auf der Grundlage einer langfristigen Strategie und angemessener Ressourcen für die Stärkung des europäischen Bewusstseins und der Unionsbürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Interessenträgern erfordert; bedauert, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, allzu oft aus rein nationaler politischer Sicht angegangen werden, selbst wenn diese Kampagnen gemeinsame europäische Themen ansprechen; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die nationalen Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments, denen die nationalen Parteien angehören; fordert die nationalen Parteien auf, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren, und verpflichtet sich, dafür ein günstiges Regelungsumfeld zu	4. betont, dass die Schaffung eines europäischen „Demos“ und eines gemeinsamen demokratischen Raums in erster Linie einen kulturellen Wandel auf der Grundlage einer langfristigen Strategie und angemessener Ressourcen für die Stärkung des europäischen Bewusstseins und der Unionsbürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Interessenträgern erfordert; bedauert, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, allzu oft aus rein nationaler politischer Sicht angegangen werden, selbst wenn diese Kampagnen gemeinsame europäische Themen ansprechen; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die nationalen Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen ***und wahrheitsgemäß*** über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments, denen die nationalen Parteien angehören; fordert die nationalen Parteien auf, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren, und verpflichtet sich, dafür ein günstiges Regelungsumfeld zu

schaffen;	schaffen;
	Or. en

Änderungsantrag 75
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Schaffung eines europäischen „Demos“ und eines gemeinsamen demokratischen Raums in erster Linie einen kulturellen Wandel auf der Grundlage einer langfristigen Strategie und angemessener Ressourcen für die Stärkung des europäischen Bewusstseins und der Unionsbürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Interessenträgern erfordert; ***bedauert***, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, ***allzu*** oft aus ***rein*** nationaler politischer Sicht angegangen werden, selbst wenn diese Kampagnen gemeinsame europäische Themen ansprechen; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die nationalen Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments, denen die nationalen Parteien angehören; fordert die nationalen Parteien auf, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren, und verpflichtet sich, dafür ein günstiges Regelungsumfeld zu schaffen;	4. betont, dass die Schaffung eines europäischen „Demos“ und eines gemeinsamen demokratischen Raums in erster Linie einen kulturellen Wandel auf der Grundlage einer langfristigen Strategie und angemessener Ressourcen für die Stärkung des europäischen Bewusstseins und der Unionsbürgerschaft in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Interessenträgern erfordert; ***begrüßt***, dass Kampagnen, die in den Mitgliedstaaten für die Europawahl durchgeführt werden, ***sehr*** oft ***zunächst*** aus nationaler politischer Sicht angegangen werden, selbst wenn diese Kampagnen gemeinsame europäische Themen ansprechen; fordert die nationalen politischen Parteien und Kandidaten bei der Europawahl sowie die nationalen Medien auf, die Bürgerinnen und Bürger angemessen über die Governance auf EU-Ebene zu informieren, auch über die europäischen politischen Parteien und Fraktionen des Europäischen Parlaments, denen die nationalen Parteien angehören; fordert die nationalen Parteien auf, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern in dieser Hinsicht zu intensivieren, und verpflichtet sich, dafür ein günstiges Regelungsumfeld zu schaffen;
	Or. fr

Änderungsantrag 76
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. fordert die Mitgliedstaaten auf, ein Verbot ausländischer Spenden und eine Obergrenze für Spenden an politische Parteien und Kandidaten einzuführen sowie die nationalen Vorschriften für politische Kampagnen und die Finanzierung politischer Parteien und Kandidaten weiter zu harmonisieren; fordert die Parteien auf, bestehende Schlupflöcher im Zusammenhang mit Sachspenden ausländischer Akteure an politische Parteien, Stiftungen, Personen, die ein öffentliches Amt innehaben, oder gewählte Amtsträger, einschließlich Finanzkredite von juristischen oder natürlichen Personen mit Sitz außerhalb der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) (mit Ausnahme europäischer Wähler), anonyme Spenden über einem bestimmten Schwellenwert und dem Fehlen von Ausgabenobergrenzen für politische Kampagnen, die eine Einflussnahme durch große Spenden ermöglichen, zu schließen; ist der Auffassung, dass politische Einzelpersonen, Akteure oder Parteien, denen ein ausländischer Akteur einen Finanz- oder Sachbeitrag angeboten hat und/oder die einen Beitrag dieser Art angenommen haben, verpflichtet sein müssen, diesen den zuständigen Behörden zu melden, und dass diese Informationen wiederum auf EU-Ebene gemeldet werden sollten, um eine EU-weite Überwachung zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 77
Klára Dobrev, Gabriele Bischoff, Idoia Mendia, Vasile Dîncu, Brando Benifei, Juan Fernando López Aguilar, Marc Angel

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung unterrepräsentierter und schutzbedürftiger Gruppen an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen; ist besorgt über den Rückgang der Wahlbeteiligung junger Menschen und verpflichtet sich, die politischen Bemühungen zu intensivieren, um die Reichweite der Wahlkampagnen auf diese wichtige Bevölkerungsgruppe zu erhöhen; fordert die Mitgliedstaaten auf, spezielle politische Rahmen zu verabschieden, die sich sowohl mit aktiven als auch passiven Wahlmöglichkeiten befassen, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung;	5. betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung unterrepräsentierter und schutzbedürftiger Gruppen an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen; ist besorgt über den Rückgang der Wahlbeteiligung junger Menschen und verpflichtet sich, die politischen Bemühungen zu intensivieren, um die Reichweite der Wahlkampagnen auf diese wichtige Bevölkerungsgruppe zu erhöhen; fordert die Mitgliedstaaten auf, spezielle politische Rahmen zu verabschieden, die sich sowohl mit aktiven als auch passiven Wahlmöglichkeiten befassen, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass ihre im Ausland lebenden Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen können, unter anderem durch die Stärkung der konsularischen Dienste und die Ermöglichung der Briefwahl; betont, dass alle Mitgliedstaaten dafür sorgen müssen, dass ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen barrierefreien Zugang zu Wahllokalen haben;***

Or. en

Änderungsantrag 78
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung unterrepräsentierter und schutzbedürftiger Gruppen an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen; ist besorgt über den Rückgang der Wahlbeteiligung junger Menschen und verpflichtet sich, die politischen Bemühungen zu intensivieren, um die Reichweite der Wahlkampagnen auf diese wichtige Bevölkerungsgruppe zu erhöhen; fordert die Mitgliedstaaten auf, spezielle politische Rahmen zu verabschieden, die sich sowohl mit aktiven als auch passiven Wahlmöglichkeiten befassen, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung;	5. betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung unterrepräsentierter und schutzbedürftiger Gruppen an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen***; nimmt zu Kenntnis, dass es notwendig ist, weitere Fortschritte bei der Verbesserung des Wahlprozesses zu erzielen, insbesondere für Menschen mit Behinderungen und Obdachlose, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihren Lebensumständen die gleichen Chancen haben, am demokratischen Prozess teilzunehmen***; ist besorgt über den Rückgang der Wahlbeteiligung junger Menschen und verpflichtet sich, die politischen Bemühungen zu intensivieren, um die Reichweite der Wahlkampagnen auf diese wichtige Bevölkerungsgruppe zu erhöhen; fordert die Mitgliedstaaten auf, spezielle politische Rahmen zu verabschieden, die sich sowohl mit aktiven als auch passiven Wahlmöglichkeiten befassen, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung;

Or. en

Änderungsantrag 79
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung unterrepräsentierter und schutzbedürftiger Gruppen an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen;*** ist ***besorgt über den Rückgang***	5. ist ***der Ansicht, dass die Einstufung der Bürgerinnen und Bürger als wesentliche*** und ***nicht wesentliche demografische Risiken die Gefahr birgt***, ***sie weiter vom Beschlussfassungsprozess der EU*** zu ***entfremden; fordert*** die

der Wahlbeteiligung junger Menschen und ***verpflichtet sich***, ***die politischen Bemühungen*** zu ***intensivieren, um*** die ***Reichweite der Wahlkampagnen*** auf ***diese wichtige Bevölkerungsgruppe*** zu ***erhöhen***; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, spezielle politische Rahmen zu verabschieden, die sich sowohl mit aktiven als auch passiven Wahlmöglichkeiten befassen, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung***;

Unionsorgane auf***, sich auf ein Höchstmaß an Transparenz und einen maximalen Nutzen für den Steuerzahler*** zu ***konzentrieren***;

Or. en

Änderungsantrag 80
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung ***unterrepräsentierter und schutzbedürftiger Gruppen*** an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen***; ist besorgt über den Rückgang der Wahlbeteiligung junger Menschen und verpflichtet sich, die politischen Bemühungen zu intensivieren, um die Reichweite der Wahlkampagnen auf diese wichtige Bevölkerungsgruppe zu erhöhen***; fordert die Mitgliedstaaten auf, ***spezielle politische Rahmen zu verabschieden, die sich sowohl mit*** aktiven ***als auch*** passiven Wahlmöglichkeiten ***befassen***, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung;	5. betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen; fordert die Mitgliedstaaten auf, ***unter Berücksichtigung ihrer verfassungsrechtlichen Traditionen und Regelungen die Einführung von*** aktiven ***und*** passiven Wahlmöglichkeiten ***zu erwägen***, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung;

Or. pl

Änderungsantrag 81
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung unterrepräsentierter und schutzbedürftiger Gruppen an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen; ist besorgt über den Rückgang der Wahlbeteiligung junger Menschen und verpflichtet sich, die politischen Bemühungen zu intensivieren, um die Reichweite der Wahlkampagnen auf diese wichtige Bevölkerungsgruppe zu erhöhen; fordert die Mitgliedstaaten auf, spezielle politische Rahmen zu verabschieden, die sich sowohl mit aktiven als auch passiven Wahlmöglichkeiten befassen, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung;	5. betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung unterrepräsentierter und schutzbedürftiger Gruppen an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen; ist besorgt über den Rückgang der Wahlbeteiligung junger Menschen und verpflichtet sich, die politischen Bemühungen zu intensivieren, um die Reichweite der Wahlkampagnen auf diese wichtige Bevölkerungsgruppe zu erhöhen; ***stellt fest, dass die Beteiligung junger Menschen an der Zukunft der EU von entscheidender Bedeutung ist;*** fordert die Mitgliedstaaten auf, spezielle politische Rahmen zu verabschieden, die sich sowohl mit aktiven als auch passiven Wahlmöglichkeiten befassen, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung;

Or. en

Änderungsantrag 82
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung ***unterrepräsentierter und schutzbedürftiger Gruppen*** an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen; ist besorgt über den Rückgang der Wahlbeteiligung junger Menschen und	5. betont, dass mehr getan werden muss, um die Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament zu erhöhen; ist besorgt über den Rückgang der Wahlbeteiligung junger Menschen und verpflichtet sich, die politischen Bemühungen zu intensivieren, um die

verpflichtet sich, die politischen Bemühungen zu intensivieren, um die Reichweite der Wahlkampagnen auf diese wichtige Bevölkerungsgruppe zu erhöhen; fordert die Mitgliedstaaten auf, spezielle politische Rahmen zu verabschieden, die sich sowohl mit aktiven als auch passiven Wahlmöglichkeiten befassen, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung;

Reichweite der Wahlkampagnen auf diese wichtige Bevölkerungsgruppe zu erhöhen; fordert die Mitgliedstaaten auf, spezielle politische Rahmen zu verabschieden, die sich sowohl mit aktiven als auch passiven Wahlmöglichkeiten befassen, unter anderem durch spezifische Informationskampagnen und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und Stimmrechtsvertretung;

Or. en

Änderungsantrag 83
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. hebt hervor, dass die Wahl zum Europäischen Parlament in Ungarn möglicherweise nicht fair war; betont in diesem Zusammenhang, dass im Abschlussbericht der Wahlbeobachtungsmission des BDIMR[1a] für die Parlamentswahl und das Referendum in Ungarn vom 3. April 2022 festgestellt wurde, dass „keine gleichen Wettbewerbsbedingungen“ bestehen; betont, dass die ungarische Regierung die Verantwortung für die Rückkehr zur Einhaltung des Unionsrechts und zur Achtung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte trägt, und bringt sein tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck, dass durch das Fehlen entschlossener Maßnahmen der EU zu einem Zerfall der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn beigetragen wurde, wodurch das Land gemäß den einschlägigen Indizes zu einem hybriden System der Wahlautokratie geworden

ist; äußert sich besorgt über mehrere Anträge des ungarischen Zentralen Ermittlungsstaatsanwalts (CIP), die Immunität von MdEP Péter Magyar, dem Vorsitzenden der stärksten parlamentarischen Oppositionspartei Tisza in Ungarn, aufzuheben; ist ferner besorgt darüber, dass das ungarische Parlament kürzlich Änderungen des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder des Europäischen Parlaments in Ungarn angenommen hat, mit denen die Beendigung des Mandats im Falle von Unstimmigkeiten bei Vermögenserklärungen vorgesehen werden, während es keine Vorschriften zu einer Beendigung des Mandats im Falle von Unstimmigkeiten bei Vermögenserklärungen der Mitglieder des ungarischen Parlaments gibt;

1a

https://www.osce.org/odihr/elections/523568

Or. en

Änderungsantrag 84
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. betont, dass sich die Gesetzgeber der Mitgliedstaaten und der EU angesichts der Sonderberichte 35/2018 und 11/2025 des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) sowie des Timmermansgate-Skandals nachdrücklich aufgefordert sehen sollten, die Transparenz der Finanzierungsregelungen für nichtstaatliche Organisationen sowie die Verwendung dieser Mittel durch

nichtstaatliche Organisationen drastisch zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 85
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. bedauert, dass die meisten nationalen und sprachlichen Minderheiten in der Regel im Europäischen Parlament unterrepräsentiert sind; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Sperrklauseln ein faktisches Hindernis für Parteien darstellen, die Minderheitengemeinschaften vertreten und in einzelnen nationalen Wahlkreisen oder in großen, dicht besiedelten Wahlkreisen antreten;

Or. en

Änderungsantrag 86
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5b. weist mahnend auf die demokratischen Risiken im Zusammenhang mit der Briefwahl und der Stimmrechtsvertretung hin, wie etwa einer möglichen Aushöhlung des demokratischen Grundprinzips freier und fairer Wahlen, insbesondere des Rechts des Einzelnen, seine Stimme unabhängig und ohne Zwang abzugeben; ist der

Ansicht, dass es im Gegensatz zur persönlichen Stimmabgabe in einem Wahllokal bei der Briefwahl und der Stimmrechtsvertretung an ausreichenden Garantien für die Identität und die Wahlfreiheit des Wählers sowie für die Wahrung des Wahlgeheimnisses mangeln kann, wodurch unzulässige Einflussnahme, Wahlkauf oder sogar Wahlbetrug ermöglicht werden, da die Stimmabgabe womöglich unter dem Druck von Familienmitgliedern, politischen Entscheidungsträgern oder anderen erfolgt; ist der Ansicht, dass die Abhängigkeit von Dritten – ob Postdienste oder Bevollmächtigte – mit dem Risiko von Fehllieferungen, Manipulationen oder Fehlbehandlungen einhergeht, wodurch letztlich das Vertrauen in den Wahlprozess beeinträchtigt werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 87
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5b. bedauert, dass nur zwei Mitgliedstaaten besondere Bestimmungen für Minderheiten im Rahmen der Wahl zum Europäischen Parlament haben; würdigt in diesem Zusammenhang die bewährten Verfahren in Belgien in Bezug auf die deutsche Minderheit sowie in Italien in Bezug auf die französischsprachige Minderheit im Aostatal, die deutschsprachige in Bozen und die slowenischsprachige in Friaul-Julisch Venetien;

Or. en

Änderungsantrag 88
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 5 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5c. ist daher der Ansicht, dass im europäischen Wahlgesetz für Einrichtungen, die anerkannte nationale und sprachliche Minderheiten vertreten, die Möglichkeit von Ausnahmen von national festgelegten Schwellenwerten vorgesehen sein sollte, und verweist auf seinen Standpunkt aus seinem Vorschlag für ein neues Wahlgesetz vom 3. Mai 2022, wonach bei der Auferlegung von Schwellenwerten für Wahlen die im nationalen Recht vorgesehenen Ausnahmen für politische Parteien oder Wählervereinigungen, die anerkannte nationale oder sprachliche Minderheiten vertreten, unberührt gelassen werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 89
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. betont, dass die Zuständigkeit für die Organisation der Wahlen zum Europäischen Parlament unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen der Mitgliedstaaten ausschließlich bei diesen verbleiben muss;

Or. fr

Änderungsantrag 90
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5b. fordert, dass in den Kampagnen der Organe der Europäischen Union strikte politische Neutralität gewahrt und die Meinungsvielfalt geachtet wird;

Or. fr

Änderungsantrag 91
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***bekräftigt seine seit langem vertretene Auffassung, dass weitere Reformen und Anpassungen des EU-Wahlrahmens und des institutionellen Aufbaus*** erforderlich ***sind***, um die Wahlen zum Europäischen Parlament demokratischer***,*** widerstandsfähiger***,*** ***inklusiver und wahrhaft europäisch*** zu machen; ***weist in diesem Zusammenhang auf mehrere anhängige politische Initiativen hin und fordert den Rat der EU und den Europäischen Rat erneut auf, konstruktiv mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, um politische Lösungen zu finden, die im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger funktionieren;***	6. ***ist überzeugt davon, dass es*** erforderlich ***ist, dass das geltende Recht, insbesondere durch die EU-Institutionen, eingehalten wird***, um die Wahlen zum Europäischen Parlament demokratischer ***und*** widerstandsfähiger zu machen;

Or. pl

Änderungsantrag 92
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. bekräftigt seine ***seit langem vertretene*** Auffassung, dass weitere Reformen und Anpassungen des EU-Wahlrahmens und des institutionellen Aufbaus erforderlich sind, um die Wahlen zum Europäischen Parlament demokratischer***, widerstandsfähiger, inklusiver und wahrhaft europäisch*** zu machen; ***weist in diesem Zusammenhang auf mehrere anhängige politische Initiativen hin und fordert den Rat der EU und den Europäischen Rat erneut auf, konstruktiv mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, um politische Lösungen zu finden, die im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger funktionieren;***	6. bekräftigt seine Auffassung, dass weitere Reformen und Anpassungen des EU-Wahlrahmens und des institutionellen Aufbaus erforderlich sind, um die Wahlen zum Europäischen Parlament demokratischer zu machen; ***betont, dass jede Reform des Wahlrechts der Europäischen Union nur im Einvernehmen aller Mitgliedstaaten und unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips erfolgen kann;***

Or. fr

Änderungsantrag 93
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. bekräftigt ***seine seit langem vertretene Auffassung, dass weitere*** Reformen und Anpassungen des EU-Wahlrahmens und des institutionellen Aufbaus ***erforderlich*** sind, ***um*** die Wahlen zum Europäischen Parlament demokratischer, widerstandsfähiger, inklusiver und ***wahrhaft europäisch*** zu machen; ***weist in diesem Zusammenhang auf mehrere anhängige politische Initiativen hin und*** fordert den Rat der EU und den Europäischen Rat ***erneut*** auf, konstruktiv mit dem Parlament	6. bekräftigt***, dass*** Reformen und Anpassungen des EU-Wahlrahmens und des institutionellen Aufbaus ***nützlich*** sind, ***wenn es darum,*** die Wahlen zum Europäischen Parlament demokratischer, widerstandsfähiger, inklusiver und ***glaubwürdig*** zu machen; fordert den Rat der EU und den Europäischen Rat auf, konstruktiv mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, um politische Lösungen zu finden, die im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger funktionieren; ***ist der Ansicht, dass die***

zusammenzuarbeiten, um politische Lösungen zu finden, die im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger funktionieren;	***parlamentarische Achtung der Vorrechte des Rates eine wichtige Säule des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Unionsorgane ist; weist darauf hin, dass der Wahlprozess in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt und weiterhin fallen sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 94
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. bekräftigt seine seit langem vertretene Auffassung, dass weitere Reformen und Anpassungen des EU-Wahlrahmens ***und des institutionellen Aufbaus*** erforderlich sind, um die Wahlen zum Europäischen Parlament demokratischer, widerstandsfähiger, inklusiver und wahrhaft europäisch zu machen; weist in diesem Zusammenhang auf mehrere anhängige politische Initiativen hin und fordert den Rat der EU und den Europäischen Rat erneut auf, konstruktiv mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, um politische Lösungen zu finden, die im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger funktionieren;	6. bekräftigt seine seit langem vertretene Auffassung, dass weitere Reformen und Anpassungen des EU-Wahlrahmens erforderlich sind, um die Wahlen zum Europäischen Parlament demokratischer, widerstandsfähiger, inklusiver und wahrhaft europäisch zu machen; weist in diesem Zusammenhang auf mehrere anhängige politische Initiativen hin und fordert den Rat der EU und den Europäischen Rat erneut auf, konstruktiv mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, um politische Lösungen zu finden, die im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger funktionieren;

Or. en

Änderungsantrag 95
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. ist davon überzeugt, dass der Rechtsrahmen für die Europawahl überarbeitet und modernisiert werden muss, um den Fußabdruck der Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen zu erhöhen und die regulatorische Fragmentierung zwischen den 27 Mitgliedstaaten zu verringern, unter anderem durch einen einzigen gemeinsamen Wahltag sowie ein einheitliches Wahlalter; bekräftigt seine Unterstützung für den anhängigen Vorschlag vom 3. Mai 2022 für ein neues Wahlgesetz und bekräftigt seine Forderung nach einer raschen Billigung durch den Rat; verpflichtet sich, kritisch zu bewerten, warum sich die Umsetzung der Überarbeitung von 2018 in verschiedenen Mitgliedstaaten verzögert hat;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 96
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. ***ist davon überzeugt, dass der Rechtsrahmen für die Europawahl überarbeitet und modernisiert werden muss, um den Fußabdruck der Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen zu erhöhen und die regulatorische Fragmentierung zwischen den 27*** Mitgliedstaaten ***zu verringern, unter anderem durch einen einzigen gemeinsamen Wahltag sowie ein einheitliches Wahlalter; bekräftigt seine Unterstützung für den anhängigen Vorschlag vom 3. Mai 2022 für ein neues Wahlgesetz und bekräftigt seine***	7. ***respektiert die Vorschriften der*** Mitgliedstaaten ***über das Mindestalter für das aktive und passive Wahlrecht***;

Forderung nach einer raschen Billigung durch den Rat*; *verpflichtet sich, kritisch zu bewerten, warum sich die Umsetzung der Überarbeitung von 2018 in verschiedenen Mitgliedstaaten verzögert hat;

Or. pl

Änderungsantrag 97
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. ist davon überzeugt, dass der Rechtsrahmen für die Europawahl überarbeitet und modernisiert werden muss, um den Fußabdruck der Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen zu erhöhen und die regulatorische Fragmentierung zwischen den 27 Mitgliedstaaten zu verringern, ***unter anderem durch einen einzigen gemeinsamen Wahltag sowie ein einheitliches Wahlalter***; bekräftigt seine Unterstützung für den anhängigen Vorschlag vom 3. Mai 2022 für ein neues Wahlgesetz und bekräftigt seine Forderung nach einer raschen Billigung durch den Rat; verpflichtet sich, kritisch zu bewerten, warum sich die Umsetzung der Überarbeitung von 2018 in verschiedenen Mitgliedstaaten verzögert hat;	7. ist davon überzeugt, dass der Rechtsrahmen für die Europawahl überarbeitet und modernisiert werden muss, um den Fußabdruck der Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen zu erhöhen und die regulatorische Fragmentierung zwischen den 27 Mitgliedstaaten zu verringern; bekräftigt seine Unterstützung für den anhängigen Vorschlag vom 3. Mai 2022 für ein neues Wahlgesetz und bekräftigt seine Forderung nach einer raschen Billigung durch den Rat; verpflichtet sich, kritisch zu bewerten, warum sich die Umsetzung der Überarbeitung von 2018 in verschiedenen Mitgliedstaaten verzögert hat;

Or. fr

Änderungsantrag 98
Loránt Vincze, Borja Giménez Larraz

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. ist davon überzeugt, dass der Rechtsrahmen für die Europawahl überarbeitet und modernisiert werden muss, um ***den Fußabdruck der Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen zu erhöhen und*** die regulatorische Fragmentierung zwischen den 27 Mitgliedstaaten zu verringern***, unter anderem durch einen einzigen gemeinsamen Wahltag sowie ein einheitliches Wahlalter***; ***bekräftigt seine Unterstützung für den*** anhängigen Vorschlag vom 3. Mai 2022 für ein neues Wahlgesetz ***und bekräftigt seine Forderung nach einer raschen Billigung durch den Rat;*** verpflichtet sich, kritisch zu bewerten, warum sich ***die*** Umsetzung ***der Überarbeitung von 2018*** in verschiedenen Mitgliedstaaten verzögert hat;	7. ist davon überzeugt, dass der Rechtsrahmen für die Europawahl überarbeitet und modernisiert werden muss, um die regulatorische Fragmentierung zwischen den 27 Mitgliedstaaten zu verringern; ***weist erneut darauf hin, dass von dem Beschluss (EU, Euratom) 2018/994 des Rates wichtige positive Schritte in diesem Sinne erwartet werden, ebenso wie von einer Reihe von Vorlagen aus dem*** anhängigen Vorschlag vom 3. Mai 2022 für ein neues Wahlgesetz; ***weist erneut darauf hin, dass 26 der 27 Mitgliedstaaten die Revision von 2018 bereits ratifiziert haben, und*** verpflichtet sich, kritisch zu bewerten, warum sich ***ihre*** Umsetzung in verschiedenen Mitgliedstaaten verzögert hat***, wobei die Ratifizierung in einem Mitgliedstaat noch nicht erfolgt ist***;

Or. en

Änderungsantrag 99
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. ist davon überzeugt, dass der Rechtsrahmen für die Europawahl überarbeitet und modernisiert werden muss, um den Fußabdruck der Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen zu erhöhen und die regulatorische Fragmentierung zwischen den 27 Mitgliedstaaten zu verringern, unter anderem durch einen einzigen gemeinsamen Wahltag sowie ein einheitliches ***Wahlalter***; bekräftigt seine Unterstützung für den anhängigen Vorschlag vom 3. Mai 2022 für ein neues Wahlgesetz und bekräftigt seine Forderung nach einer raschen Billigung durch den	7. ist davon überzeugt, dass der Rechtsrahmen für die Europawahl überarbeitet und modernisiert werden muss, um den Fußabdruck der Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen zu erhöhen und die regulatorische Fragmentierung zwischen den 27 Mitgliedstaaten zu verringern, unter anderem durch ***Schwellenwerte,*** einen einzigen gemeinsamen Wahltag sowie ein einheitliches ***Mindestwahlalter von 18 Jahren***; bekräftigt seine Unterstützung für den anhängigen Vorschlag vom 3. Mai 2022 für ein neues Wahlgesetz und

Rat; verpflichtet sich, kritisch zu bewerten, warum sich die Umsetzung der Überarbeitung von 2018 in verschiedenen Mitgliedstaaten verzögert hat;	bekräftigt seine Forderung nach einer raschen Billigung durch den Rat; verpflichtet sich, kritisch zu bewerten, warum sich die Umsetzung der Überarbeitung von 2018 in verschiedenen Mitgliedstaaten verzögert hat;

Or. en

Änderungsantrag 100
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. ist davon überzeugt, dass der Rechtsrahmen für die Europawahl überarbeitet und modernisiert werden muss, um den Fußabdruck der Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen zu erhöhen und die regulatorische Fragmentierung zwischen den 27 Mitgliedstaaten zu verringern, ***unter anderem durch einen einzigen gemeinsamen Wahltag sowie*** ein einheitliches Wahlalter; bekräftigt seine Unterstützung für den anhängigen Vorschlag vom 3. Mai 2022 für ein neues Wahlgesetz und bekräftigt seine Forderung nach einer raschen Billigung durch den Rat; verpflichtet sich, kritisch zu bewerten, warum sich die Umsetzung der Überarbeitung von 2018 in verschiedenen Mitgliedstaaten verzögert hat;	7. ist davon überzeugt, dass der Rechtsrahmen für die Europawahl überarbeitet und modernisiert werden muss, um den Fußabdruck der Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen zu erhöhen und die regulatorische Fragmentierung zwischen den 27 Mitgliedstaaten zu verringern, ***beispielsweise durch*** ein einheitliches Wahlalter ***von 18 Jahren (mit Spielraum für eine zukünftige Absenkung auf 16 Jahre)***; bekräftigt seine Unterstützung für den anhängigen Vorschlag vom 3. Mai 2022 für ein neues Wahlgesetz und bekräftigt seine Forderung nach einer raschen Billigung durch den Rat; verpflichtet sich, kritisch zu bewerten, warum sich die Umsetzung der Überarbeitung von 2018 in verschiedenen Mitgliedstaaten verzögert hat;

Or. en

Änderungsantrag 101
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. betont, dass eine Europäische Wahlbehörde eingerichtet werden muss, um eine bessere Koordinierung der Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten sicherzustellen, eine wirksamere und kohärentere Wahlverwaltung auf EU-Ebene zu fördern und zur Entwicklung einer echten europäischen Wahlkultur beizutragen; ist der Ansicht, dass eine solche Behörde die Umsetzung gemeinsamer Wahlstandards erleichtern, die Transparenz erhöhen und die Einhaltung des EU-Wahlrechts unterstützen könnte, insbesondere im Hinblick auf künftige Erweiterungen und die zunehmende Komplexität der Wahl zum Europäischen Parlament;

Or. en

Änderungsantrag 102
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. betont, dass mit jedem Versuch, das Wahlverfahren in Europa zu vereinheitlichen, die nationalen demokratischen Traditionen in Frage gestellt werden und gegen den Grundsatz der Volkssouveränität verstoßen wird; spricht sich folglich gegen die Einführung länderübergreifender Listen und die automatische Ausweitung des Wahlrechts auf Staatsangehörige anderer Länder aus;

Or. fr

Änderungsantrag 103

Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. bedauert, dass die vorgeschlagenen neuen Regeln für das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für die so genannten „mobilen Bürger“ nicht rechtzeitig vor der Wahl im Jahr 2024 vom Rat angenommen wurden; weist darauf hin, dass die uneingeschränkte Ausübung des Wahlrechts, das die Verträge mobilen Bürgerinnen und Bürgern bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gewähren, immer noch durch ungerechtfertigte Hindernisse, die ihrer demokratischen Teilhabe entgegenstehen, einschließlich einer mangelnden Kenntnis der geltenden Bedingungen und Vorschriften, behindert wird; erkennt an, dass mit dem noch ausstehenden Entwurf einer Richtlinie des Rates einige dieser Hindernisse beseitigt würden; bedauert jedoch, dass der Rat formal zwar Artikel 22 Absatz 2 AEUV folgt, sich inhaltlich jedoch nicht wirklich mit der Stellungnahme des Parlaments auseinandergesetzt hat; bekräftigt insbesondere seine Vorschläge, die Eintragung in das Wählerverzeichnis zu ermöglichen, sobald die Wähler ihren Wohnsitz registrieren, und die Sprach- und Informationsanforderungen für die lokalen Behörden zu stärken;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 104
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. bedauert, dass die vorgeschlagenen neuen Regeln für das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für die so genannten „mobilen Bürger“ nicht rechtzeitig vor der Wahl im Jahr 2024 vom Rat angenommen wurden; weist darauf hin, dass die uneingeschränkte Ausübung des Wahlrechts, das die Verträge mobilen Bürgerinnen und Bürgern bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gewähren, immer noch durch ungerechtfertigte Hindernisse, die ihrer demokratischen Teilhabe entgegenstehen, einschließlich einer mangelnden Kenntnis der geltenden Bedingungen und Vorschriften, behindert wird; erkennt an, dass mit dem noch ausstehenden Entwurf einer Richtlinie des Rates einige dieser Hindernisse beseitigt würden; bedauert jedoch, dass der Rat formal zwar Artikel 22 Absatz 2 AEUV folgt, sich inhaltlich jedoch nicht wirklich mit der Stellungnahme des Parlaments auseinandergesetzt hat; bekräftigt insbesondere seine Vorschläge, die Eintragung in das Wählerverzeichnis zu ermöglichen, sobald die Wähler ihren Wohnsitz registrieren, und die Sprach- und Informationsanforderungen für die lokalen Behörden zu stärken;	***entfällt***

Or. pl

Änderungsantrag 105
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. bedauert, dass die vorgeschlagenen neuen Regeln für das aktive und passive Wahlrecht bei den	***entfällt***

Wahlen zum Europäischen Parlament für die so genannten „mobilen Bürger“ nicht rechtzeitig vor der Wahl im Jahr 2024 vom Rat angenommen wurden; weist darauf hin, dass die uneingeschränkte Ausübung des Wahlrechts, das die Verträge mobilen Bürgerinnen und Bürgern bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gewähren, immer noch durch ungerechtfertigte Hindernisse, die ihrer demokratischen Teilhabe entgegenstehen, einschließlich einer mangelnden Kenntnis der geltenden Bedingungen und Vorschriften, behindert wird; erkennt an, dass mit dem noch ausstehenden Entwurf einer Richtlinie des Rates einige dieser Hindernisse beseitigt würden; bedauert jedoch, dass der Rat formal zwar Artikel 22 Absatz 2 AEUV folgt, sich inhaltlich jedoch nicht wirklich mit der Stellungnahme des Parlaments auseinandergesetzt hat; bekräftigt insbesondere seine Vorschläge, die Eintragung in das Wählerverzeichnis zu ermöglichen, sobald die Wähler ihren Wohnsitz registrieren, und die Sprach- und Informationsanforderungen für die lokalen Behörden zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 106
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. bedauert, dass die vorgeschlagenen neuen Regeln für das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für die so genannten „mobilen Bürger“ nicht rechtzeitig vor der Wahl im Jahr 2024 vom Rat angenommen wurden; weist darauf	8. bedauert, dass die vorgeschlagenen neuen Regeln für das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für die so genannten „mobilen Bürger“ nicht rechtzeitig vor der Wahl im Jahr 2024 vom Rat angenommen wurden; weist darauf

hin, dass die uneingeschränkte Ausübung des Wahlrechts, das die Verträge mobilen Bürgerinnen und Bürgern bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gewähren, immer noch durch ungerechtfertigte Hindernisse, die ihrer demokratischen Teilhabe entgegenstehen, einschließlich einer mangelnden Kenntnis der geltenden Bedingungen und Vorschriften, behindert wird; erkennt an, dass mit dem noch ausstehenden Entwurf einer Richtlinie des Rates einige dieser Hindernisse beseitigt würden; bedauert jedoch, dass der Rat formal zwar Artikel 22 Absatz 2 AEUV folgt, sich inhaltlich jedoch nicht wirklich mit der Stellungnahme des Parlaments auseinandergesetzt hat; bekräftigt insbesondere seine Vorschläge, die Eintragung in das Wählerverzeichnis zu ermöglichen, sobald die Wähler ihren Wohnsitz registrieren, und die Sprach- und Informationsanforderungen für die lokalen Behörden zu stärken;	hin, dass die uneingeschränkte Ausübung des Wahlrechts, das die Verträge mobilen Bürgerinnen und Bürgern bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gewähren, immer noch durch ungerechtfertigte Hindernisse, die ihrer demokratischen Teilhabe entgegenstehen, einschließlich einer mangelnden Kenntnis der geltenden Bedingungen und Vorschriften, behindert wird; erkennt an, dass mit dem noch ausstehenden Entwurf einer Richtlinie des Rates einige dieser Hindernisse beseitigt würden; bedauert jedoch, dass der Rat formal zwar Artikel 22 Absatz 2 AEUV folgt, sich inhaltlich jedoch nicht wirklich mit der Stellungnahme des Parlaments auseinandergesetzt hat; bekräftigt insbesondere seine Vorschläge, die Eintragung in das Wählerverzeichnis zu ermöglichen, sobald die Wähler ihren Wohnsitz registrieren, und die Sprach- und Informationsanforderungen für die lokalen Behörden zu stärken ***sowie die Ausübung des Wahlrechts durch schutzbedürftige und marginalisierte Wählergruppen zu erleichtern und die Sensibilisierungskampagnen der Mitgliedstaaten unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft zu verstärken***;
	Or. en

Änderungsantrag 107
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ***begrüßt*** die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln***, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der***	9. ***nimmt mit Besorgnis*** die Bemühungen ***einiger*** politischen Parteien ***zur Kenntnis***, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln***, wodurch die vertraglichen Zuständigkeiten des Rates***

Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird; ***lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da der Kommissionspräsident zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat für die größte Fraktion kandidierte; weist darauf hin, dass die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten ihre Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimität erhöhen würde; ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass mehrere wichtige Erfolgsfaktoren – wie die weitere Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass das Potenzial dieses informellen und unregulierten politischen Prozesses vollständig ausgeschöpft wird;***

eingeschränkt werden;

Or. pl

Änderungsantrag 108
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ***begrüßt die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen*** Kommission ***herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird***; ***lobt die europäischen***	9. ***lehnt das sogenannte Spitzenkandidatenverfahren ab, das dazu führt, dass die Union zu einem quasi-präsidialen System ohne demokratische und rechtliche Grundlage wird; betont, dass in Artikel 17 Absatz 7 EUV ein Vorschlag des Rates vorgesehen ist und nicht eine automatische Entscheidung; unterstreicht, dass die Legitimität der*** Kommission ***auf einem Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten und nicht***

politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da der Kommissionspräsident zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat für die größte Fraktion kandidierte; weist darauf hin, dass die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten ihre Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimität erhöhen würde; ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass mehrere wichtige Erfolgsfaktoren – wie die weitere Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass das Potenzial dieses informellen und unregulierten politischen Prozesses vollständig ausgeschöpft wird;

auf einer parteipolitischen Logik beruht;

Or. fr

Änderungsantrag 109
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ***begrüßt*** die Bemühungen ***der*** politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird; ***lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da der Kommissionspräsident zwar***	9. ***nimmt*** die Bemühungen ***einiger*** politischen Parteien ***zur Kenntnis***, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird; ist ***der Ansicht***, dass ***sich*** das ***Verfahren des Spitzenkandidaten als untauglich erwiesen hat*** und ***daher einem anderen***

nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat für die größte Fraktion kandidierte; weist darauf hin, dass die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten ihre Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimität erhöhen würde; ist ***jedoch nach wie vor davon überzeugt***, dass ***mehrere wichtige Erfolgsfaktoren – wie die weitere Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass*** das ***Potenzial dieses informellen*** und ***unregulierten politischen Prozesses vollständig ausgeschöpft wird***;

Verfahren weichen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 110
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. begrüßt die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird; lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da der Kommissionspräsident zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat für die größte Fraktion kandidierte; ***weist darauf hin, dass die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten ihre***	9. begrüßt die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird; lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da der Kommissionspräsident zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat für die größte Fraktion kandidierte;

Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimität erhöhen würde; ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass mehrere wichtige Erfolgsfaktoren – wie die weitere Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass das Potenzial dieses informellen und unregulierten politischen Prozesses vollständig ausgeschöpft wird;

Or. en

Änderungsantrag 111
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ***begrüßt die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der*** Europäischen Kommission ***herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird***; ***lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da der Kommissionspräsident zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat für die größte Fraktion kandidierte; weist darauf hin, dass die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten*** ihre Rechenschaftspflicht ***und demokratische Legitimität erhöhen würde; ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass mehrere wichtige Erfolgsfaktoren – wie***	9. ***ist der Ansicht, dass das System der Spitzenkandidaten, bei dem die Fraktionen vor der Wahl zum Europäischen Parlament Kandidaten für die Präsidentschaft der*** Europäischen Kommission ***nominieren, zu einer Machtkonzentration in den Händen der politischen Eliten führt***; ***hebt hervor, dass die Spitzenkandidaten durch Hinterzimmerabsprachen und Verhandlungen zwischen den Parteien und nicht direkt von der Öffentlichkeit bestimmt werden, was*** ihre Rechenschaftspflicht ***verringert und sie mehr den Parteiinteressen als den Wählern verpflichtet, was den Eindruck verstärken kann, die Entscheidungsfindung der EU erfolge weit entfernt, sei technokratisch und von den alltäglichen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger abgekoppelt, anstatt dass wirklich auf den demokratischen Willen der Menschen eingegangen würde***;

die weitere Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass das Potenzial dieses informellen und unregulierten politischen Prozesses vollständig ausgeschöpft wird;

Or. en

Änderungsantrag 112
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ***begrüßt*** die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird; lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da der Kommissionspräsident zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat für die größte Fraktion kandidierte; weist darauf hin, dass die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten ihre Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimität erhöhen würde; ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass mehrere wichtige Erfolgsfaktoren – wie die weitere Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass das Potenzial dieses informellen und unregulierten politischen Prozesses	9. ***unterstützt nachdrücklich*** die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird***; hebt hervor, dass es den Bürgerinnen und Bürgern durch diesen Prozess zum ersten Mal seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ermöglicht wurde, die Wahl des Kommissionspräsidenten tatsächlich zu beeinflussen, was einen bedeutenden Schritt nach vorn darstellt und es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, eine direkte Rolle in diesem Zusammenhang zu spielen***; lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da der Kommissionspräsident zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat für die größte Fraktion kandidierte; weist

vollständig ausgeschöpft wird;	darauf hin, dass die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten ihre Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimität erhöhen würde; ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass mehrere wichtige Erfolgsfaktoren – wie die weitere Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass das Potenzial dieses informellen und unregulierten politischen Prozesses vollständig ausgeschöpft wird;

Or. en

Änderungsantrag 113
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. begrüßt die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird; lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da der Kommissionspräsident zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat für die größte Fraktion kandidierte; weist darauf hin, dass die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten ihre Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimität erhöhen würde; ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass mehrere wichtige Erfolgsfaktoren – wie die weitere	9. begrüßt die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird; lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da der Kommissionspräsident zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat für die größte Fraktion kandidierte; weist darauf hin, dass die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten ***im Rahmen der Wahl zum Europäischen Parlament*** ihre Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimität erhöhen würde; ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass mehrere

Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass das Potenzial dieses informellen und unregulierten politischen Prozesses vollständig ausgeschöpft wird;

wichtige Erfolgsfaktoren – wie die weitere Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass das Potenzial dieses informellen und unregulierten politischen Prozesses vollständig ausgeschöpft wird;

Or. en

Änderungsantrag 114
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. begrüßt die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird; lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass ***dieser Prozess diesmal relativ erfolgreich war, da*** der Kommissionspräsident zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat ***für*** die ***größte Fraktion kandidierte***; ***weist darauf hin, dass die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten ihre Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimität erhöhen würde***; ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass mehrere wichtige Erfolgsfaktoren – wie die weitere Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass das Potenzial dieses informellen	9. begrüßt die Bemühungen der politischen Parteien, die Umsetzung des Spitzenkandidatenverfahrens weiterzuentwickeln, um eine Verbindung zwischen der Wahl, der Zusammensetzung des Parlaments und der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission herzustellen, damit die Ernennung der Exekutive der EU für die Bürgerinnen und Bürger transparenter wird; lobt die europäischen politischen Parteien dafür, dass sie ihre Kandidaten lange vor der Wahl nominiert haben; stellt fest, dass der Kommissionspräsident ***diesmal*** zwar nicht direkt durch eine Abstimmung wählbar war, aber als Spitzenkandidat ***der Partei antrat,*** die ***die meisten Stimmen auf europäischer Ebene auf sich vereinen konnte***; ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass mehrere wichtige Erfolgsfaktoren – wie die weitere Entwicklung und Konsolidierung des europäischen demokratischen Raums – nach wie vor fehlen, wodurch verhindert wird, dass das Potenzial dieses informellen und unregulierten politischen Prozesses vollständig ausgeschöpft wird***, wobei Spitzenkandidaten für das Amt des***

und unregulierten politischen Prozesses vollständig ausgeschöpft wird;

Kommissionspräsidenten auf dem ersten Platz der Listen der europäischen politischen Parteien, die europaweit zur Wahl stehen, sowie ihrer nationalen Parteien kandidieren sollten;

Or. en

Änderungsantrag 115
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont die wichtige Rolle der europäischen politischen Parteien, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Debatte über europapolitische Fragen zu leisten und ein europäisches politisches Bewusstsein zu schaffen; ***bedauert jedoch, dass die Einschränkungen des derzeitigen EU-Rechtsrahmens und der nationalen Rechtsvorschriften die europäischen politischen Parteien daran gehindert haben, sich in vollem Umfang an Wahlkampagnen für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 zu beteiligen; ist der Ansicht, dass diese Parteien ein dringend benötigtes Gegengewicht zur Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen im Vorfeld der Wahlen bieten können; fordert den Rat erneut auf, die anhängige Neufassung der Verordnung (EU) Nr. 1141/2014 zu nutzen, um die europäischen politischen Parteien von Einschränkungen zu befreien und sie in die Lage zu versetzen, die ihnen durch die Verträge zugewiesene Rolle zu übernehmen, unter anderem indem sie ihre Sichtbarkeit in den Mitgliedstaaten während des Wahlkampfs und bei der Förderung von Spitzenkandidaten erhöhen;***	10. betont die wichtige Rolle der europäischen politischen Parteien, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Debatte über europapolitische Fragen zu leisten und ein europäisches politisches Bewusstsein zu schaffen;

Änderungsantrag 116
Loránt Vincze, Borja Giménez Larraz

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont die wichtige Rolle der europäischen politischen Parteien, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Debatte über europapolitische Fragen zu leisten und ein europäisches politisches Bewusstsein zu schaffen; bedauert jedoch, dass die Einschränkungen des derzeitigen EU-Rechtsrahmens und der nationalen Rechtsvorschriften die europäischen politischen Parteien daran gehindert haben, sich in vollem Umfang an Wahlkampagnen für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 zu beteiligen; ist der Ansicht, dass diese Parteien ein dringend benötigtes Gegengewicht zur Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen im Vorfeld der Wahlen bieten können; fordert den Rat erneut auf, die ***anhängige*** Neufassung der Verordnung (EU) Nr. 1141/2014 zu ***nutzen***, um die europäischen politischen Parteien von Einschränkungen zu befreien und sie in die Lage zu versetzen, die ihnen durch die Verträge zugewiesene Rolle zu übernehmen, unter anderem indem sie ihre Sichtbarkeit in den Mitgliedstaaten während des Wahlkampfs und bei der Förderung von Spitzenkandidaten erhöhen;	10. betont die wichtige Rolle der europäischen politischen Parteien, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Debatte über europapolitische Fragen zu leisten und ein europäisches politisches Bewusstsein zu schaffen; bedauert jedoch, dass die Einschränkungen des derzeitigen EU-Rechtsrahmens und der nationalen Rechtsvorschriften die europäischen politischen Parteien daran gehindert haben, sich in vollem Umfang an Wahlkampagnen für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 zu beteiligen; ist der Ansicht, dass diese Parteien ein dringend benötigtes Gegengewicht zur Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen im Vorfeld der Wahlen bieten können; fordert den Rat erneut auf, ***sich konstruktiv an den Verhandlungen über*** die Neufassung der Verordnung (EU) Nr. 1141/2014 zu ***beteiligen***, um ***rasch eine Einigung mit dem Parlament zu erzielen; ist der festen Überzeugung, dass durch die Neufassung der Verordnung noch bestehende Schlupflöcher geschlossen, Rechtsklarheit geschaffen und dazu beigetragen wird,*** die europäischen politischen Parteien von Einschränkungen zu befreien und sie in die Lage zu versetzen, die ihnen durch die Verträge zugewiesene Rolle zu übernehmen, unter anderem indem sie ihre Sichtbarkeit in den Mitgliedstaaten während des Wahlkampfs und bei der Förderung von Spitzenkandidaten erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 117
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont die wichtige Rolle der europäischen politischen Parteien, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Debatte über europapolitische Fragen zu leisten und ein europäisches politisches Bewusstsein zu schaffen***; bedauert jedoch, dass die Einschränkungen des derzeitigen EU-Rechtsrahmens und der nationalen Rechtsvorschriften die europäischen politischen Parteien daran gehindert haben, sich in vollem Umfang an Wahlkampagnen für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 zu beteiligen***; ist der Ansicht, dass diese Parteien ein dringend benötigtes Gegengewicht zur Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen im Vorfeld der Wahlen bieten können; fordert den Rat erneut auf, die anhängige Neufassung der Verordnung (EU) Nr. 1141/2014 zu nutzen, um die europäischen politischen Parteien von Einschränkungen zu befreien und sie in die Lage zu versetzen, die ihnen durch die Verträge zugewiesene Rolle zu übernehmen, unter anderem indem sie ihre Sichtbarkeit in den Mitgliedstaaten während des Wahlkampfs und bei der Förderung von Spitzenkandidaten erhöhen;	10. betont die wichtige Rolle der europäischen politischen Parteien, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Debatte über europapolitische Fragen zu leisten und ein europäisches politisches Bewusstsein zu schaffen; ist der Ansicht, dass diese Parteien ein dringend benötigtes Gegengewicht zur Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen im Vorfeld der Wahlen bieten können; fordert den Rat erneut auf, die anhängige Neufassung der Verordnung (EU) Nr. 1141/2014 zu nutzen, um die europäischen politischen Parteien von Einschränkungen zu befreien und sie in die Lage zu versetzen, die ihnen durch die Verträge zugewiesene Rolle zu übernehmen, unter anderem indem sie ihre Sichtbarkeit in den Mitgliedstaaten während des Wahlkampfs und bei der Förderung von Spitzenkandidaten erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 118
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont die wichtige Rolle der europäischen politischen Parteien, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Debatte über europapolitische Fragen zu leisten und ein europäisches politisches Bewusstsein zu schaffen; ***bedauert jedoch, dass die Einschränkungen des derzeitigen EU-Rechtsrahmens und der nationalen Rechtsvorschriften die europäischen politischen*** Parteien ***daran gehindert haben, sich in vollem Umfang an Wahlkampagnen für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 zu beteiligen***; ist der Ansicht, dass diese Parteien ***ein dringend benötigtes Gegengewicht zur Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen*** im Vorfeld der Wahlen ***bieten*** können; fordert den Rat erneut auf, die anhängige Neufassung der Verordnung (EU) Nr. 1141/2014 zu nutzen, um die europäischen politischen Parteien von Einschränkungen zu befreien und sie in die Lage zu versetzen, die ihnen durch die Verträge zugewiesene Rolle zu übernehmen, unter anderem indem sie ihre Sichtbarkeit in den Mitgliedstaaten während des Wahlkampfs und bei der Förderung von Spitzenkandidaten erhöhen;	10. betont die wichtige Rolle der europäischen politischen Parteien, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Debatte über europapolitische Fragen zu leisten und ein europäisches politisches Bewusstsein zu schaffen; ***weist darauf hin, dass die Wahlbeteiligung in erster Linie eine Frage der nationalen*** Parteien ***ist, die allein in der Lage sind, den Willen der Bevölkerung legitim zu vertreten***; ist der Ansicht, dass diese Parteien im Vorfeld der Wahlen ***eine wichtige Rolle spielen*** können; fordert den Rat erneut auf, die anhängige Neufassung der Verordnung (EU) Nr. 1141/2014 zu nutzen, um die europäischen politischen Parteien von Einschränkungen zu befreien und sie in die Lage zu versetzen, die ihnen durch die Verträge zugewiesene Rolle zu übernehmen, unter anderem indem sie ihre Sichtbarkeit in den Mitgliedstaaten während des Wahlkampfs und bei der Förderung von Spitzenkandidaten erhöhen;

Or. fr

Änderungsantrag 119
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont die wichtige Rolle der europäischen politischen Parteien, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Debatte über europapolitische Fragen zu leisten und ein	10. betont die wichtige Rolle der europäischen politischen Parteien, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Debatte über europapolitische Fragen zu leisten und ein

europäisches politisches Bewusstsein zu schaffen; bedauert jedoch, dass die Einschränkungen des derzeitigen EU-Rechtsrahmens und der nationalen Rechtsvorschriften die europäischen politischen Parteien daran gehindert haben, sich in vollem Umfang an Wahlkampagnen für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 zu beteiligen; ist der Ansicht, dass diese Parteien ein dringend benötigtes Gegengewicht zur Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen im Vorfeld der Wahlen bieten können; fordert den Rat erneut auf, die anhängige Neufassung der Verordnung (EU) Nr. 1141/2014 zu nutzen, um die europäischen politischen Parteien von Einschränkungen zu befreien und sie in die Lage zu versetzen, die ihnen durch die Verträge zugewiesene Rolle zu übernehmen, unter anderem indem sie ihre Sichtbarkeit in den Mitgliedstaaten während des Wahlkampfs ***und bei der Förderung von Spitzenkandidaten*** erhöhen;	europäisches politisches Bewusstsein zu schaffen; bedauert jedoch, dass die Einschränkungen des derzeitigen EU-Rechtsrahmens und der nationalen Rechtsvorschriften die europäischen politischen Parteien daran gehindert haben, sich in vollem Umfang an Wahlkampagnen für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 zu beteiligen; ist der Ansicht, dass diese Parteien ein dringend benötigtes Gegengewicht zur Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen im Vorfeld der Wahlen bieten können; fordert den Rat erneut auf, die anhängige Neufassung der Verordnung (EU) Nr. 1141/2014 zu nutzen, um die europäischen politischen Parteien von Einschränkungen zu befreien und sie in die Lage zu versetzen, die ihnen durch die Verträge zugewiesene Rolle zu übernehmen, unter anderem indem sie ihre Sichtbarkeit in den Mitgliedstaaten während des Wahlkampfs erhöhen;
	Or. en

Änderungsantrag 120
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. betont, dass die Rolle und die Sichtbarkeit europäischer politischer Stiftungen im europäischen demokratischen Raum gestärkt werden müssen; weist darauf hin, dass diese Stiftungen über Grenzen hinweg eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung der politischen Debatte, der politischen Forschung und der staatsbürgerlichen Bildung spielen und so zur Bildung einer wahrhaftigen europäischen öffentlichen

Meinung beitragen; fordert die Bereitstellung angemessener Instrumente und Ressourcen, damit sie die europäischen politischen Parteien in ihren Bemühungen unterstützen können, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, die europäischen Werte zu fördern und sich sinnvoll an künftigen Wahlkampagnen zu beteiligen;

Or. en

Änderungsantrag 121
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. ist der Ansicht, dass die Einstufung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich vom politischen Projekt der EU entrechtet fühlen oder für die nationale Zuständigkeiten ein zentrales Anliegen sind, als Opfer von Desinformation die Gefahr birgt, die Bürgerinnen und Bürger weiter vom Beschlussfassungsprozess der EU zu entfremden und folglich die demokratische Legitimität der Unionsorgane weiter zu untergraben; ist der Ansicht, dass die Einstufung ihrer demokratisch gewählten Vertreter als ausländische Agenten ein Angriff auf die Demokratie selbst darstellt, da die Stimme von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern dadurch als irrelevant erachtet und ignoriert wird;

Or. en

Änderungsantrag 122
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass weitere institutionelle Arbeit geleistet werden muss, um die Wirkung der europäischen Wählerinnen und Wähler auf die Governance der EU zu stärken; verweist in diesem Zusammenhang auf das anhängige Vertragsänderungsverfahren, das im Zuge der Konferenz über die Zukunft Europas eingeleitet wurde; hebt seinen Vorschlag hervor, die Rollen des Rates und des Parlaments bei der Ernennung und Bestätigung des Präsidenten der Kommission umzukehren, damit die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament genauer widergespiegelt werden; hebt außerdem seinen Vorschlag hervor, dem Parlament das Recht auf legislative Initiative einzuräumen, dessen Umsetzung eine direkte Verbindung zwischen den von den Bürgerinnen und Bürgern für parlamentarische Vertreter abgegebenen Stimmen und den politischen Ergebnissen auf EU-Ebene schaffen würde; hebt ferner seinen Vorschlag hervor, das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments zu modernisieren, um die demokratische Kontrolle über die Exekutive der EU zu stärken; fordert den Europäischen Rat auf, die Verträge einzuhalten und unverzüglich über die Einberufung des Übereinkommens abzustimmen, um diese Vorschläge zu erörtern;	***entfällt***

Or. pl

Änderungsantrag 123
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass weitere institutionelle Arbeit geleistet werden muss, um die Wirkung der europäischen Wählerinnen und Wähler auf die Governance der EU zu stärken; verweist in diesem Zusammenhang auf das anhängige Vertragsänderungsverfahren, das im Zuge der Konferenz über die Zukunft Europas eingeleitet wurde; ***hebt seinen Vorschlag hervor, die Rollen des Rates und des Parlaments bei der Ernennung und Bestätigung des Präsidenten der Kommission umzukehren, damit die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament genauer widergespiegelt werden;*** hebt außerdem seinen Vorschlag hervor, dem Parlament das Recht auf legislative Initiative einzuräumen, dessen Umsetzung eine direkte Verbindung zwischen den von den Bürgerinnen und Bürgern für parlamentarische Vertreter abgegebenen Stimmen und den politischen Ergebnissen auf EU-Ebene schaffen würde; hebt ferner seinen Vorschlag hervor, das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments zu modernisieren, um die demokratische Kontrolle über die Exekutive der EU zu stärken; fordert den Europäischen Rat auf, die Verträge einzuhalten und unverzüglich über die Einberufung des Übereinkommens abzustimmen, um diese Vorschläge zu erörtern;	11. betont, dass weitere institutionelle Arbeit geleistet werden muss, um die Wirkung der europäischen Wählerinnen und Wähler auf die Governance der EU zu stärken; verweist in diesem Zusammenhang auf das anhängige Vertragsänderungsverfahren, das im Zuge der Konferenz über die Zukunft Europas eingeleitet wurde; hebt außerdem seinen Vorschlag hervor, dem Parlament das Recht auf legislative Initiative einzuräumen, dessen Umsetzung eine direkte Verbindung zwischen den von den Bürgerinnen und Bürgern für parlamentarische Vertreter abgegebenen Stimmen und den politischen Ergebnissen auf EU-Ebene schaffen würde; hebt ferner seinen Vorschlag hervor, das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments zu modernisieren, um die demokratische Kontrolle über die Exekutive der EU zu stärken; fordert den Europäischen Rat auf, die Verträge einzuhalten und unverzüglich über die Einberufung des Übereinkommens abzustimmen, um diese Vorschläge zu erörtern;

Or. fr

Änderungsantrag 124
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

11a. betont, dass es wichtig ist, die Verbindung zwischen lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Herausforderungen zu stärken; begrüßt in diesem Zusammenhang die aktive und positive Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an europäischen Themen und Debatten, insbesondere in der Vorwahlphase, unter anderem durch die Arbeit des Ausschusses der Regionen sowie seiner Netzwerke und Kampagnen;

Or. en

Änderungsantrag 125
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11b. weist darauf hin, dass die Bekämpfung des Euroskeptizismus auf der Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten liegt – unter anderem durch die aktive Einbeziehung der lokalen und regionalen Entscheidungsträger –, am wirksamsten ist; betont in diesem Zusammenhang, insbesondere für Regionen mit wirtschaftlicher Stagnation, in denen durch die seit Langem bestehenden Ungleichheiten die Unterstützung für euroskeptische Parteien verstärkt wird, die positive Rolle der Kohäsionspolitik der EU, bei der den wesentlichen regionalen Bedürfnissen Vorrang eingeräumt und sichergestellt werden muss, dass niemand zurückgelassen wird;

Or. en

Änderungsantrag 126

Klára Dobrev, Gabriele Bischoff, Idoia Mendia, Vasile Dîncu, Brando Benifei, Juan Fernando López Aguilar, Marc Angel

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ist zutiefst besorgt über eine wachsende Zahl interner und externer Bedrohungen, die das Gefüge der europäischen Demokratie untergraben; verurteilt die Tatsache, dass einige Kandidaten, einschließlich derer von Regierungsparteien in einigen Mitgliedstaaten, offen für falsche und vom Ausland gesponserte Narrative über die EU geworben und gleichzeitig die Stimmung gegen die EU geschürt haben;	12. ist zutiefst besorgt über eine wachsende Zahl interner und externer Bedrohungen, die das Gefüge der europäischen Demokratie untergraben***; bekräftigt seine Besorgnis über die zunehmenden Angriffe autoritärer und illiberaler Regime auf die Werte und demokratischen Grundsätze der EU; hebt hervor, dass diese Angriffe sowohl von innerhalb als auch von außerhalb der EU kommen***; verurteilt die Tatsache, dass einige Kandidaten, einschließlich derer von Regierungsparteien in einigen Mitgliedstaaten, offen für falsche und vom Ausland gesponserte ***manipulative*** Narrative über die EU geworben und gleichzeitig die Stimmung gegen die EU geschürt haben; ***fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Einflussnahme aus dem Ausland sowie von Desinformation und Angriffen auf demokratische Werte fortzusetzen und auszuweiten, indem die Finanzmittel und die Unterstützung für die einschlägigen EU-Einrichtungen aufgestockt und ein wirksames EU-Instrumentarium entwickelt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 127
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

12. ist zutiefst besorgt über eine wachsende Zahl interner und externer Bedrohungen, die das Gefüge der europäischen Demokratie untergraben; verurteilt die Tatsache, dass einige Kandidaten***, einschließlich derer von Regierungsparteien in einigen Mitgliedstaaten,*** offen für falsche und vom Ausland gesponserte Narrative ***über die EU*** geworben ***und gleichzeitig die Stimmung gegen die EU geschürt*** haben;	12. ist zutiefst besorgt über eine wachsende Zahl interner und externer Bedrohungen, die das Gefüge der europäischen Demokratie untergraben; verurteilt die Tatsache, dass einige Kandidaten offen für falsche und vom Ausland gesponserte Narrative geworben haben;

Or. pl

Änderungsantrag 128
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ist zutiefst besorgt über eine wachsende Zahl interner und externer Bedrohungen, die das Gefüge der europäischen Demokratie untergraben; verurteilt die Tatsache, dass einige Kandidaten, einschließlich derer von Regierungsparteien in einigen Mitgliedstaaten, offen für falsche und vom Ausland gesponserte Narrative ***über die EU*** geworben ***und gleichzeitig die Stimmung gegen die EU geschürt*** haben;	12. ist zutiefst besorgt über eine wachsende Zahl interner und externer Bedrohungen, die das Gefüge der europäischen Demokratie untergraben; verurteilt die Tatsache, dass einige Kandidaten, einschließlich derer von Regierungsparteien in einigen Mitgliedstaaten, offen für falsche und vom Ausland gesponserte Narrative geworben ***und nationalistische, rassistische und fremdenfeindliche Rhetorik ausgenutzt*** haben***, um die öffentliche Meinung zu spalten und zu manipulieren***;

Or. en

Änderungsantrag 129
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ist zutiefst besorgt über eine wachsende Zahl interner und externer Bedrohungen, die das Gefüge der europäischen Demokratie untergraben; ***verurteilt die Tatsache***, dass ***einige Kandidaten, einschließlich derer von Regierungsparteien*** in ***einigen Mitgliedstaaten, offen für falsche*** und ***vom Ausland gesponserte Narrative über*** die ***EU geworben*** und ***gleichzeitig die Stimmung gegen die EU geschürt haben***;	12. ist zutiefst besorgt über eine wachsende Zahl interner und externer Bedrohungen, die das Gefüge der europäischen Demokratie untergraben; ***ist der Ansicht***, dass ***die Dämonisierung demokratisch gewählter Vertreter, die die wachsende Unzufriedenheit*** in ***der Gesellschaft mit der europäischen Integration*** und ***der Globalisierung zum Ausdruck bringen,*** die ***Gefahr birgt, dass sich die Bürgerinnen*** und ***Bürger weiter von einer zunehmend abgehobenen europäischen Regierungselite entfremden***;

Or. en

Änderungsantrag 130
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ist zutiefst besorgt über eine wachsende Zahl interner und externer Bedrohungen, die das Gefüge der europäischen Demokratie untergraben; verurteilt die Tatsache, dass einige Kandidaten, einschließlich derer von Regierungsparteien in einigen Mitgliedstaaten, offen für falsche und vom Ausland gesponserte Narrative über die EU geworben ***und gleichzeitig die Stimmung gegen die EU geschürt*** haben;	12. ist zutiefst besorgt über eine wachsende Zahl interner und externer Bedrohungen, die das Gefüge der europäischen Demokratie untergraben; verurteilt die Tatsache, dass einige Kandidaten, einschließlich derer von Regierungsparteien in einigen Mitgliedstaaten, offen für falsche und vom Ausland gesponserte Narrative über die EU geworben haben;

Or. fr

Änderungsantrag 131
Patryk Jaki

Entschließungsantrag

Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. verurteilt die politische Einmischung der Kommission in die Wahlen in Polen, die darin besteht, sowohl in den Medien als auch hinter den Kulissen die von ihr bevorzugte politische Option zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang das völlig inakzeptable Rechtsstaatlichkeitsverfahren hervor, das gegen die konservative Regierung in Polen angewandt wurde, unter anderem durch die ungerechtfertigte Einleitung des Verfahrens nach Artikel 7 EUV und die rechtswidrige Aussetzung der Auszahlung von Mitteln, deren Zahlung von der Annahme von Rechtsvorschriften abhängig gemacht wurde, die gegen die polnische Verfassung in Bereichen verstoßen, die nicht in die Zuständigkeit der EU fallen, was angesichts des Krieges und der hybriden Angriffe an der polnischen Grenze ein umso gefährliches Vorgehen darstellt, während die Kommission nach dem Regierungswechsel das Verfahren öffentlichkeitswirksam beendete und zusagte, die Mittel freizugeben, obwohl keine der zuvor eingeforderten Rechtsvorschriften verabschiedet worden war; fordert die Kommission auf, gegenüber den Regierungen der Mitgliedstaaten neutral zu bleiben, die Verträge zu achten und die einseitige Bewertung mutmaßlicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten einzustellen, und fordert sie auf, die Rechtsstaatlichkeit in ihrem eigenen Organ wiederherzustellen;

Or. pl

Änderungsantrag 132
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der Einflussnahme aus dem Ausland auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von ***russischen und anderen*** staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Drittländern gesponsert werden, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; ***verurteilt die Naivität, mit der sich mehrere extremistische Mitglieder des Europäischen Parlaments bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, zusammengetan haben, um vom Kreml gesponserte Narrative über den Angriffskrieg in der Ukraine zu verbreiten;***	13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der Einflussnahme aus dem Ausland auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Drittländern gesponsert werden, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden;

Or. fr

Änderungsantrag 133
Klára Dobrev, Gabriele Bischoff, Idoia Mendia, Vasile Dîncu, Brando Benifei, Juan Fernando López Aguilar, Marc Angel

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der Einflussnahme aus dem Ausland auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die	13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der Einflussnahme aus dem Ausland auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation***; bringt seine tiefe***

Online-Desinformationskampagnen, die von russischen und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Drittländern gesponsert werden, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; verurteilt die Naivität, mit der sich mehrere extremistische Mitglieder des Europäischen Parlaments bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, zusammengetan haben, um vom Kreml gesponserte Narrative über den Angriffskrieg in der Ukraine zu verbreiten;	***Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Regierungen einiger EU-Mitgliedstaaten aktiv zur Verbreitung von Desinformation beitragen; verurteilt in diesem Zusammenhang die ungarische und die slowakische Regierung für die Verbreitung ausländischer Desinformationsnarrative***; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von russischen und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Drittländern gesponsert werden, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; verurteilt die Naivität, mit der sich mehrere extremistische Mitglieder des Europäischen Parlaments bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, zusammengetan haben, um vom Kreml gesponserte Narrative über den Angriffskrieg in der Ukraine zu verbreiten;

Or. en

Änderungsantrag 134
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der Einflussnahme ***aus dem Ausland*** auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von russischen und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Drittländern	13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der ***böswilligen*** Einflussnahme auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von russischen und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Drittländern

gesponsert werden, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; verurteilt die Naivität, mit der sich mehrere extremistische Mitglieder des Europäischen Parlaments bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, zusammengetan haben, um vom Kreml gesponserte Narrative über den Angriffskrieg in der Ukraine zu verbreiten;	gesponsert werden, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; verurteilt die Naivität, mit der sich mehrere extremistische Mitglieder des Europäischen Parlaments bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, zusammengetan haben, um vom Kreml gesponserte Narrative über den Angriffskrieg in der Ukraine zu verbreiten;

Or. en

Änderungsantrag 135
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der Einflussnahme ***aus dem Ausland*** auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von ***russischen*** und anderen ***staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus*** Drittländern gesponsert werden***, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen***; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; verurteilt die Naivität, mit der sich mehrere ***extremistische*** Mitglieder des Europäischen Parlaments bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, zusammengetan haben, um vom Kreml gesponserte Narrative über den	13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der ***ausländischen und inländischen*** Einflussnahme auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von ***Russland*** und anderen Drittländern ***sowie nichtstaatlichen Akteuren*** gesponsert werden; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; verurteilt die Naivität, mit der sich mehrere Mitglieder des Europäischen Parlaments ***aus dem gesamten politischen Spektrum*** bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, zusammengetan haben, um vom Kreml gesponserte Narrative über den Angriffskrieg in der Ukraine zu

Angriffskrieg in der Ukraine zu verbreiten;	verbreiten;

Or. en

Änderungsantrag 136
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der Einflussnahme aus dem Ausland auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von russischen und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Drittländern gesponsert werden, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; verurteilt die Naivität, mit der sich mehrere ***extremistische*** Mitglieder des Europäischen Parlaments bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, zusammengetan haben, um vom Kreml gesponserte Narrative über den Angriffskrieg in der Ukraine zu verbreiten;	13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der Einflussnahme aus dem Ausland auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von russischen und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Drittländern gesponsert werden, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; verurteilt die Naivität, mit der sich mehrere Mitglieder des Europäischen Parlaments bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, zusammengetan haben, um vom Kreml gesponserte Narrative über den Angriffskrieg in der Ukraine zu verbreiten;

Or. en

Änderungsantrag 137
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der Einflussnahme aus dem Ausland auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von russischen und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Drittländern gesponsert werden, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; verurteilt die ***Naivität, mit der sich mehrere extremistische*** Mitglieder des Europäischen Parlaments bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, ***zusammengetan haben***, um vom Kreml gesponserte Narrative über den Angriffskrieg in der Ukraine zu verbreiten;	13. bekräftigt seine tiefe und seit langem bestehende Besorgnis über den anhaltenden Trend der Einflussnahme aus dem Ausland auf die demokratischen Prozesse in Europa, einschließlich Desinformation; verurteilt insbesondere die Online-Desinformationskampagnen, die von russischen und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Drittländern gesponsert werden, um die europäischen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und Misstrauen zu säen; stellt fest, dass die Einflussnahme aus dem Ausland vor den Wahl erfolgt und in der Zeit vor der Wahl Spitzenwerte verzeichnet werden; verurteilt die ***Entscheidung mehrerer*** Mitglieder des Europäischen Parlaments***, sich*** bereitwillig mit der Medienplattform Voice of Europe, die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, ***zusammenzutun***, um vom Kreml gesponserte Narrative über den Angriffskrieg in der Ukraine zu verbreiten;

Or. en

Änderungsantrag 138
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation durch eine mehrschichtige, koordinierte und sektorübergreifende Strategie, die mit angemessenen Finanzmitteln unterstützt wird, zu verstärken, um die EU und ihre Mitgliedstaaten mit geeigneten Strategien für Vorausschau und Resilienz und	***entfällt***

Abschreckungsinstrumenten auszustatten; fordert die Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die strategische Reaktion der Union auf Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter zu verstärken, unter anderem durch eine vollständige Umsetzung und Durchsetzung der Transparenzpflichten für Plattformen und eine verstärkte Unterstützung unabhängiger Medien und Faktenprüfer, eine verbesserte digitale Kompetenz und Medienkompetenz; verweist auf zahlreiche politische Anstrengungen der EU in den letzten Jahren, darunter das Gesetz über digitale Dienste, den gestärkten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und die Initiativen im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie; betont, wie wichtig die vollständige und wirksame Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste ist, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Sorgfaltspflicht durch sehr große Online-Plattformen sicherzustellen; fordert die Kommission auf, bei der Durchsetzung der Bestimmungen des Gesetzes über digitale Dienste und der Überwachung der Einhaltung wachsam und proaktiv zu sein; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass Online-Plattformen einen unverhältnismäßigen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausüben; nimmt mit Besorgnis Berichte über politisch motivierte Entscheidungen bestimmter Plattformen zur Kenntnis, die die Meinungsfreiheit und den demokratischen Pluralismus gefährden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 139
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation durch eine mehrschichtige, koordinierte und sektorübergreifende Strategie, die mit angemessenen Finanzmitteln unterstützt wird, zu verstärken, um die EU und ihre Mitgliedstaaten mit geeigneten Strategien für Vorausschau und Resilienz und Abschreckungsinstrumenten auszustatten; fordert die Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die strategische Reaktion der Union auf Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter zu verstärken***, unter anderem durch eine vollständige Umsetzung und Durchsetzung der Transparenzpflichten für Plattformen und eine verstärkte Unterstützung unabhängiger Medien und Faktenprüfer, eine verbesserte digitale Kompetenz und Medienkompetenz***; verweist auf zahlreiche politische Anstrengungen der EU in den letzten Jahren, darunter das Gesetz über digitale Dienste, den gestärkten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und die Initiativen im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie***; betont, wie wichtig die vollständige und wirksame Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste ist, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Sorgfaltspflicht durch sehr große Online-Plattformen sicherzustellen; fordert die Kommission auf, bei der Durchsetzung der Bestimmungen des Gesetzes über digitale Dienste und der Überwachung der Einhaltung wachsam und proaktiv zu***	14. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation durch eine mehrschichtige, koordinierte und sektorübergreifende Strategie, die mit angemessenen Finanzmitteln unterstützt wird, zu verstärken, um die EU und ihre Mitgliedstaaten mit geeigneten Strategien für Vorausschau und Resilienz und Abschreckungsinstrumenten auszustatten; fordert die Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die strategische Reaktion der Union auf Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter zu verstärken; verweist auf zahlreiche politische Anstrengungen der EU in den letzten Jahren, darunter das Gesetz über digitale Dienste, den gestärkten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und die Initiativen im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass Online-Plattformen einen unverhältnismäßigen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausüben; nimmt mit Besorgnis Berichte über politisch motivierte Entscheidungen bestimmter Plattformen zur Kenntnis, die die Meinungsfreiheit und den demokratischen Pluralismus gefährden könnten;

sein; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass Online-Plattformen einen unverhältnismäßigen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausüben; nimmt mit Besorgnis Berichte über politisch motivierte Entscheidungen bestimmter Plattformen zur Kenntnis, die die Meinungsfreiheit und den demokratischen Pluralismus gefährden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 140
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation durch eine mehrschichtige, koordinierte und sektorübergreifende Strategie, die mit angemessenen Finanzmitteln unterstützt wird, zu verstärken, um die EU und ihre Mitgliedstaaten mit geeigneten Strategien für Vorausschau und Resilienz und Abschreckungsinstrumenten auszustatten; fordert die Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die strategische Reaktion der Union auf Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter zu verstärken, unter anderem durch eine vollständige Umsetzung und Durchsetzung der Transparenzpflichten für Plattformen und eine verstärkte Unterstützung unabhängiger Medien und Faktenprüfer, eine verbesserte digitale Kompetenz und Medienkompetenz; verweist auf zahlreiche politische Anstrengungen der EU in den	14. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation durch eine mehrschichtige, koordinierte und sektorübergreifende Strategie, die mit angemessenen Finanzmitteln unterstützt wird, zu verstärken, um die EU und ihre Mitgliedstaaten mit geeigneten Strategien für Vorausschau und Resilienz und Abschreckungsinstrumenten auszustatten; fordert die Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die strategische Reaktion der Union auf Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter zu verstärken, unter anderem durch eine vollständige Umsetzung und Durchsetzung der Transparenzpflichten für Plattformen und eine verstärkte Unterstützung unabhängiger Medien***,*** ***zivilgesellschaftlicher Organisationen*** und Faktenprüfer, eine verbesserte digitale Kompetenz und Medienkompetenz***; betont,***

letzten Jahren, darunter das Gesetz über digitale Dienste, den gestärkten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und die Initiativen im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie; betont, wie wichtig die vollständige und wirksame Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste ist, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Sorgfaltspflicht durch sehr große Online-Plattformen sicherzustellen; fordert die Kommission auf, bei der Durchsetzung der Bestimmungen des Gesetzes über digitale Dienste und der Überwachung der Einhaltung wachsam und proaktiv zu sein; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass Online-Plattformen einen unverhältnismäßigen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausüben; nimmt mit Besorgnis Berichte über politisch motivierte Entscheidungen bestimmter Plattformen zur Kenntnis, die die Meinungsfreiheit und den demokratischen Pluralismus gefährden könnten;

dass die Kommission sicherstellen sollte, dass ihre Legislativvorschläge keine negativen Auswirkungen auf demokratische und rechtsstaatliche Kontrollinstanzen wie zivilgesellschaftliche Organisationen und unabhängige Medien haben; verweist auf zahlreiche politische Anstrengungen der EU in den letzten Jahren, darunter das Gesetz über digitale Dienste, den gestärkten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und die Initiativen im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie; betont, wie wichtig die vollständige und wirksame Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste ist, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Sorgfaltspflicht durch sehr große Online-Plattformen sicherzustellen; fordert die Kommission auf, bei der Durchsetzung der Bestimmungen des Gesetzes über digitale Dienste und der Überwachung der Einhaltung wachsam und proaktiv zu sein; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass Online-Plattformen einen unverhältnismäßigen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausüben; nimmt mit Besorgnis Berichte über politisch motivierte Entscheidungen bestimmter Plattformen zur Kenntnis, die die Meinungsfreiheit und den demokratischen Pluralismus gefährden könnten; ***stellt fest, dass Desinformationskampagnen auch von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten initiiert werden und politisch motiviert sein können;***

Or. en

Änderungsantrag 141
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

14. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation durch eine mehrschichtige, koordinierte und sektorübergreifende Strategie, die mit angemessenen Finanzmitteln unterstützt wird, zu verstärken, um die EU und ihre Mitgliedstaaten mit geeigneten Strategien für Vorausschau und Resilienz und Abschreckungsinstrumenten auszustatten; fordert die Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die strategische Reaktion der Union auf Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter zu verstärken, unter anderem durch eine vollständige Umsetzung und Durchsetzung der Transparenzpflichten für Plattformen und eine verstärkte Unterstützung unabhängiger Medien ***und Faktenprüfer***, eine verbesserte digitale Kompetenz und Medienkompetenz; verweist auf zahlreiche ***politische*** Anstrengungen der EU in den letzten Jahren, darunter das Gesetz über digitale Dienste, den gestärkten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und die Initiativen im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie; betont, wie wichtig die vollständige und wirksame Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste ist, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Sorgfaltspflicht durch sehr große Online-Plattformen sicherzustellen; ***fordert die Kommission auf, bei der Durchsetzung der Bestimmungen des Gesetzes über digitale Dienste und der Überwachung der Einhaltung wachsam und proaktiv zu sein; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass Online-Plattformen einen unverhältnismäßigen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausüben;*** nimmt mit Besorgnis Berichte über politisch motivierte Entscheidungen bestimmter Plattformen zur Kenntnis, die die

14. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation durch eine mehrschichtige, koordinierte und sektorübergreifende Strategie, die mit angemessenen Finanzmitteln unterstützt wird, zu verstärken, um die EU und ihre Mitgliedstaaten mit geeigneten Strategien für Vorausschau und Resilienz und Abschreckungsinstrumenten auszustatten; fordert die Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die strategische Reaktion der Union auf Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter zu verstärken, unter anderem durch eine vollständige Umsetzung und Durchsetzung der Transparenzpflichten für Plattformen und eine verstärkte Unterstützung unabhängiger Medien, eine verbesserte digitale Kompetenz und Medienkompetenz; verweist auf zahlreiche Anstrengungen der EU in den letzten Jahren, darunter das Gesetz über digitale Dienste, den gestärkten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und die Initiativen im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie; betont, wie wichtig die vollständige und wirksame Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste ist, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Sorgfaltspflicht durch sehr große Online-Plattformen sicherzustellen; nimmt mit Besorgnis Berichte über politisch motivierte Entscheidungen bestimmter Plattformen zur Kenntnis, die die Meinungsfreiheit und den demokratischen Pluralismus gefährden könnten; ***betont, dass die durchgeführten Tätigkeiten das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht einschränken dürfen;***

Meinungsfreiheit und den demokratischen Pluralismus gefährden könnten;

Or. pl

Änderungsantrag 142
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation durch eine mehrschichtige, koordinierte und sektorübergreifende Strategie, die mit angemessenen Finanzmitteln unterstützt wird, zu verstärken, um die EU und ihre Mitgliedstaaten mit geeigneten Strategien für Vorausschau und Resilienz und Abschreckungsinstrumenten auszustatten; fordert die Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die strategische Reaktion der Union auf Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter zu verstärken, unter anderem durch eine vollständige Umsetzung und Durchsetzung der Transparenzpflichten für Plattformen und eine verstärkte Unterstützung unabhängiger Medien und Faktenprüfer, eine verbesserte digitale Kompetenz und Medienkompetenz; verweist auf zahlreiche politische Anstrengungen der EU in den letzten Jahren, darunter ***das Gesetz über digitale Dienste,*** den gestärkten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und die Initiativen im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie; ***betont, wie wichtig die vollständige und wirksame Umsetzung des Gesetzes über***	14. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation durch eine mehrschichtige, koordinierte und sektorübergreifende Strategie, die mit angemessenen Finanzmitteln unterstützt wird, zu verstärken, um die EU und ihre Mitgliedstaaten mit geeigneten Strategien für Vorausschau und Resilienz und Abschreckungsinstrumenten auszustatten; fordert die Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die strategische Reaktion der Union auf Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter zu verstärken, unter anderem durch eine vollständige Umsetzung und Durchsetzung der Transparenzpflichten für Plattformen ***und Organisationen der Zivilgesellschaft*** und eine verstärkte Unterstützung unabhängiger Medien und Faktenprüfer, eine verbesserte digitale Kompetenz und Medienkompetenz; ***weist mahnend darauf hin, dass politische Gegenreaktionen möglich sind, wenn euroskeptische Wähler als digitale Analphabeten dargestellt werden;*** verweist auf zahlreiche politische Anstrengungen der EU in den letzten Jahren, darunter den gestärkten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von

digitale Dienste ist, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Sorgfaltspflicht durch sehr große Online-Plattformen sicherzustellen; fordert die Kommission auf, bei der Durchsetzung der Bestimmungen des Gesetzes über digitale Dienste und der Überwachung der Einhaltung wachsam und proaktiv zu sein; nimmt ***mit Besorgnis*** zur Kenntnis, dass ***Online-Plattformen einen unverhältnismäßigen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausüben; nimmt mit Besorgnis Berichte über*** politisch ***motivierte Entscheidungen bestimmter*** Plattformen ***zur Kenntnis,*** die ***die Meinungsfreiheit*** und ***den demokratischen*** Pluralismus ***gefährden könnten***;

Desinformation und die Initiativen im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie; nimmt zur Kenntnis, dass ***die Plattformen für die Öffentlichkeit angesichts des zunehmenden ideologischen und*** politisch ***korrekten Kraftschluss auf traditionelle Medien, die die Wählerschaft nicht mehr ansprechen, zunehmend beträchtlich an Attraktivität gewinnen; hebt hervor, dass*** Plattformen die ***freie Meinungsäußerung ermöglichen*** und ***daher die beste Garantie für Meinungsfreiheit und demokratischen*** Pluralismus ***sind***;

Or. en

Änderungsantrag 143
Klára Dobrev, Gabriele Bischoff, Idoia Mendia, Vasile Dîncu, Brando Benifei, Juan Fernando López Aguilar, Marc Angel

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. betont, dass es immer schwieriger wird, im Rahmen der Mitgliedstaaten gegen hybride Bedrohungen vorzugehen, und dass es darüber hinaus Mitgliedstaaten gibt, die aktiv Desinformation fördern; fordert die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Nachrichtendienstes mit der Aufgabe, Desinformation herauszufiltern und gemeinsam dagegen vorzugehen; betont, dass es eines für die Umsetzung dieser Maßnahmen zuständigen Kommissionsmitglieds bedarf;

Or. en

Änderungsantrag 144
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass ein Umfeld freier Medien als Schlüsselpfeiler der europäischen Demokratie wichtig ist, insbesondere in Wahlzyklen; erkennt an, dass die EU zwar weltweit führend bei der Medienfreiheit ist und 2024 der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit angenommen wurde und die Richtlinie zur Bekämpfung von SLAAP in Kraft trat, der zunehmende interne und externe Druck auf das Medienumfeld der EU jedoch eine weitere Stärkung der Medienfreiheit in der EU erfordert, auch im Vorfeld der Europawahlen; weist darauf hin, dass in einigen Mitgliedstaaten im Jahr 2024 die Angriffe auf Journalisten zugenommen haben;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 145
Klára Dobrev, Gabriele Bischoff, Idoia Mendia, Vasile Dîncu, Brando Benifei, Juan Fernando López Aguilar, Marc Angel

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass ein Umfeld freier Medien als Schlüsselpfeiler der europäischen Demokratie wichtig ist, insbesondere in Wahlzyklen; erkennt an, dass die EU zwar weltweit führend bei der Medienfreiheit ist und 2024 der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit angenommen wurde und die Richtlinie zur Bekämpfung von SLAAP in Kraft trat, der zunehmende interne und externe Druck auf	15. betont, dass ein Umfeld freier Medien als Schlüsselpfeiler der europäischen Demokratie wichtig ist, insbesondere in Wahlzyklen; erkennt an, dass die EU zwar weltweit führend bei der Medienfreiheit ist und 2024 der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit angenommen wurde und die Richtlinie zur Bekämpfung von SLAAP in Kraft trat, der zunehmende interne und externe Druck auf

das Medienumfeld der EU jedoch eine weitere Stärkung der Medienfreiheit in der EU erfordert, auch im Vorfeld der Europawahlen; weist darauf hin, dass in einigen Mitgliedstaaten im Jahr 2024 die Angriffe auf Journalisten zugenommen haben;	das Medienumfeld der EU jedoch eine weitere Stärkung der Medienfreiheit in der EU erfordert, auch im Vorfeld der Europawahlen; weist darauf hin, dass in einigen Mitgliedstaaten im Jahr 2024 die Angriffe auf Journalisten zugenommen haben; ***bringt seine tiefe Besorgnis über die Medienkonzentration und das unausgewogene Medienumfeld in einigen Mitgliedstaaten zum Ausdruck; fordert die Kommission auf, in allen Mitgliedstaaten die vollständige Umsetzung des Europäischen Rechtsakts über Medienfreiheit sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 146
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass ein Umfeld freier Medien als Schlüsselpfeiler der europäischen Demokratie wichtig ist, insbesondere in Wahlzyklen; erkennt an, dass die EU zwar weltweit führend bei der Medienfreiheit ist und 2024 der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit angenommen wurde und die Richtlinie zur Bekämpfung von SLAAP in Kraft trat, der zunehmende interne und externe Druck auf das Medienumfeld der EU jedoch eine weitere Stärkung der Medienfreiheit in der EU erfordert, auch im Vorfeld der Europawahlen; weist darauf hin, dass in einigen Mitgliedstaaten im Jahr 2024 die Angriffe auf Journalisten zugenommen haben;	15. betont, dass ein Umfeld freier Medien als Schlüsselpfeiler der europäischen Demokratie wichtig ist, insbesondere in Wahlzyklen; erkennt an, dass die EU zwar weltweit führend bei der Medienfreiheit ist und 2024 der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit angenommen wurde und die Richtlinie zur Bekämpfung von SLAAP in Kraft trat, der zunehmende interne und externe Druck auf das Medienumfeld der EU jedoch eine weitere Stärkung der Medienfreiheit in der EU erfordert, auch im Vorfeld der Europawahlen; weist darauf hin, dass in einigen Mitgliedstaaten im Jahr 2024 die Angriffe auf Journalisten zugenommen haben; ***bedauert, dass es kurz vor der Wahl zum Europäischen Parlament in Polen zu einer illegalen Übernahme öffentlicher Medien gekommen ist, die sich nachteilig auf die Wahlfreiheit***

ausgewirkt hat;

Or. pl

Änderungsantrag 147
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass ein Umfeld freier Medien als Schlüsselpfeiler der europäischen Demokratie wichtig ist, insbesondere in Wahlzyklen; erkennt an, dass die EU zwar weltweit führend bei der Medienfreiheit ist und 2024 der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit angenommen wurde und die Richtlinie zur Bekämpfung von SLAAP in Kraft trat, der zunehmende interne und externe Druck auf das Medienumfeld der EU jedoch eine weitere Stärkung der Medienfreiheit in der EU erfordert, auch im Vorfeld der Europawahlen; weist darauf hin, dass in einigen Mitgliedstaaten im Jahr 2024 die Angriffe auf Journalisten zugenommen haben;	15. betont, dass ein Umfeld freier Medien als Schlüsselpfeiler der europäischen Demokratie wichtig ist, insbesondere in Wahlzyklen***; nimmt zur Kenntnis, dass Plattformen ein wichtiger Pfeiler der freien Medienlandschaft sind***; erkennt an, dass die EU zwar weltweit führend bei der Medienfreiheit ist und 2024 der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit angenommen wurde und die Richtlinie zur Bekämpfung von SLAAP in Kraft trat, der zunehmende interne und externe Druck auf das Medienumfeld der EU jedoch eine weitere Stärkung der Medienfreiheit in der EU erfordert, auch im Vorfeld der Europawahlen; weist darauf hin, dass in einigen Mitgliedstaaten im Jahr 2024 die Angriffe auf Journalisten zugenommen haben;

Or. en

Änderungsantrag 148
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verurteilt alle Formen politischer Gewalt aufs Schärfste; ist zutiefst besorgt	***entfällt***

über eine Reihe von Vorfällen, die sich im Vorfeld der Wahl 2024 ereignet haben; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, der Prävention politischer Gewalt Vorrang einzuräumen, indem sie Gesetze, Rahmen und Strategien stärken, die Politiker, politische Kandidaten, Aktivisten, Journalisten und Bürger während des Wahlzeitraums vor Gewalt und Belästigung schützen; betont, wie wichtig ein umfassender Ansatz ist, der Prävention, Schutz und Bildung umfasst, um das Auftreten politischer Gewalt zu verringern, insbesondere durch die Förderung des Bewusstseins für die Gefahren politischer Gewalt und die Förderung einer Kultur der Toleranz und der Achtung unterschiedlicher politischer Meinungen;

Or. en

Änderungsantrag 149
Klára Dobrev, Gabriele Bischoff, Idoia Mendia, Vasile Dîncu, Brando Benifei, Juan Fernando López Aguilar, Marc Angel

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verurteilt alle Formen politischer Gewalt aufs Schärfste; ist zutiefst besorgt über eine Reihe von Vorfällen, die sich im Vorfeld der Wahl 2024 ereignet haben; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, der Prävention politischer Gewalt Vorrang einzuräumen, indem sie Gesetze, Rahmen und Strategien stärken, die Politiker, politische Kandidaten, Aktivisten, Journalisten und Bürger während des Wahlzeitraums vor Gewalt und Belästigung schützen; betont, wie wichtig ein umfassender Ansatz ist, der Prävention, Schutz und Bildung umfasst, um das Auftreten politischer Gewalt zu	16. verurteilt alle Formen politischer Gewalt aufs Schärfste; ist zutiefst besorgt über eine Reihe von Vorfällen, die sich im Vorfeld der Wahl 2024 ereignet haben; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, der Prävention politischer Gewalt Vorrang einzuräumen, indem sie Gesetze, Rahmen und Strategien stärken, die Politiker, politische Kandidaten, Aktivisten, Journalisten und Bürger während des Wahlzeitraums vor Gewalt und Belästigung schützen; betont, wie wichtig ein umfassender Ansatz ist, der Prävention, Schutz und Bildung umfasst, um das Auftreten politischer Gewalt zu

verringern, insbesondere durch die Förderung des Bewusstseins für die Gefahren politischer Gewalt und die Förderung einer Kultur der Toleranz und der Achtung unterschiedlicher politischer Meinungen;

verringern, insbesondere durch die Förderung des Bewusstseins für die Gefahren politischer Gewalt und die Förderung einer Kultur der Toleranz und der Achtung unterschiedlicher politischer Meinungen; ***ist zutiefst besorgt darüber, dass in einigen Mitgliedstaaten Beispiele für legislative Bedrohungen der Meinungsfreiheit und der demokratischen Teilhabe festgestellt werden können; verurteilt in diesem Zusammenhang die Legislativvorschläge der ungarischen Regierung, mit denen darauf abgezielt wird, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, insbesondere das kürzlich vorgeschlagene Gesetz nach russischem Vorbild zur „Transparenz des öffentlichen Lebens“, mit dem es der Regierung ermöglicht würde, ein breites Spektrum von Handelsunternehmen, unabhängigen gemeinnützigen Bürgermedien und gewinnorientierten Medien auf die schwarze Liste zu setzen und ihren Zugang zu Finanzmitteln zu blockieren, wenn sie Einnahmen aus dem Ausland erzielen und davon ausgegangen wird, dass sie die Souveränität Ungarns bedrohen; betont, dass die Unterdrückung abweichender Meinungen im Stile von Putin eine klare Manifestation des Autoritarismus ist;***

Or. en

Änderungsantrag 150
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verurteilt alle Formen ***politischer*** Gewalt aufs Schärfste; ist zutiefst besorgt über eine Reihe von Vorfällen, die sich im Vorfeld der Wahl 2024 ereignet haben; fordert die Kommission und die	16. verurteilt alle Formen Gewalt aufs Schärfste; ist zutiefst besorgt über eine Reihe von Vorfällen, die sich im Vorfeld der Wahl 2024 ereignet haben; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf,

Mitgliedstaaten auf, der Prävention ***politischer*** Gewalt Vorrang einzuräumen, indem sie Gesetze, Rahmen und Strategien stärken, die Politiker, politische Kandidaten, Aktivisten, Journalisten und Bürger während des Wahlzeitraums vor Gewalt und Belästigung schützen; betont, wie wichtig ein umfassender Ansatz ist, der Prävention, Schutz und Bildung umfasst, um das Auftreten ***politischer*** Gewalt zu verringern, insbesondere durch die Förderung des Bewusstseins für die Gefahren ***politischer*** Gewalt und die Förderung einer Kultur der Toleranz und der Achtung unterschiedlicher politischer Meinungen;	der Prävention Gewalt Vorrang einzuräumen, indem sie Gesetze, Rahmen und Strategien stärken, die Politiker, politische Kandidaten, Aktivisten, Journalisten und Bürger während des Wahlzeitraums vor Gewalt und Belästigung schützen; betont, wie wichtig ein umfassender Ansatz ist, der Prävention, Schutz und Bildung umfasst, um das Auftreten Gewalt zu verringern, insbesondere durch die Förderung des Bewusstseins für die Gefahren Gewalt und die Förderung einer Kultur der Toleranz und der Achtung unterschiedlicher politischer Meinungen;

Or. pl

Änderungsantrag 151
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***ist zutiefst besorgt über den Aufstieg und den Wahlerfolg von systemfeindlichen und offen EU-feindlichen*** Parteien ***während*** der ***Wahl 2024***; verurteilt jede Form politischer Rhetorik, die ***Hetze, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit oder*** Gewalt ***fördert***, und fordert alle politischen Akteure nachdrücklich auf, einen konstruktiven, faktenbasierten Dialog zu führen, bei dem die demokratischen Werte, die ***Menschenrechte*** und die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden; verpflichtet sich, die Funktionsweise der Union weiter zu reformieren und zu verbessern, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden; ***fordert alle*** relevanten Akteure ***auf***, ***proaktiver*** über den ***positiven*** Beitrag der EU zum täglichen Leben ***aller***	17. ***hebt hervor, dass euroskeptische Haltungen und politische*** Parteien ***ein fester Bestandteil*** der ***europäischen parteipolitischen Landschaft und Debatte sind***; verurteilt jede Form politischer Rhetorik, die ***zu*** Gewalt ***gegen Einzelpersonen oder Gruppen aufruft***, und fordert alle politischen Akteure nachdrücklich auf, einen konstruktiven, faktenbasierten Dialog zu führen, bei dem die demokratischen Werte, die ***Rechte des Einzelnen*** und die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden; verpflichtet sich, die Funktionsweise der Union weiter zu reformieren und zu verbessern, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden; ***stellt fest, dass die Bürgerinnen und Bürger legitimerweise politische Entscheidungen erwarten können, die von einigen als***

europäischen Bürgerinnen und Bürger ***durch ihre Politik zu kommunizieren***;

system- und EU-feindlich wahrgenommen werden können; hält es für kontraproduktiv, die relevanten Akteure ***zu zwingen***, ***ein positives Narrativ*** über den Beitrag der EU zum täglichen Leben ***der*** europäischen Bürgerinnen und Bürger ***zu vermitteln, da dies an Zensur grenzt***; ***ist der Ansicht, dass die Behörden in einer demokratischen Gesellschaft nicht versuchen sollten, ein Narrativ zu verbreiten;***

Or. en

Änderungsantrag 152
Klára Dobrev, Gabriele Bischoff, Idoia Mendia, Vasile Dîncu, Brando Benifei, Juan Fernando López Aguilar, Marc Angel

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ist zutiefst besorgt über den Aufstieg und den Wahlerfolg von systemfeindlichen und offen EU-feindlichen Parteien während der Wahl 2024; verurteilt jede Form politischer Rhetorik, die Hetze, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit oder Gewalt fördert, und fordert alle politischen Akteure nachdrücklich auf, einen konstruktiven, faktenbasierten Dialog zu führen, bei dem die demokratischen Werte, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden; verpflichtet sich, die Funktionsweise der Union weiter zu reformieren und zu verbessern, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden; fordert alle relevanten Akteure auf, proaktiver über den positiven Beitrag der EU zum täglichen Leben aller europäischen Bürgerinnen und Bürger durch ihre Politik zu kommunizieren;	17. ist zutiefst besorgt über den Aufstieg und den Wahlerfolg von systemfeindlichen und offen EU-feindlichen Parteien während der Wahl 2024***; weist darauf hin, dass dieses Phänomen zu einer Radikalisierung des politischen Diskurses und einer weiteren Polarisierung des Parlaments führt und dass darüber hinaus dadurch eine breitere Plattform für die Verbreitung ausländischer Desinformation und Propaganda geboten wird***; verurteilt jede Form politischer Rhetorik, die Hetze, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit oder Gewalt fördert, und fordert alle politischen Akteure nachdrücklich auf, einen konstruktiven, faktenbasierten Dialog zu führen, bei dem die demokratischen Werte, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden; verpflichtet sich, die Funktionsweise der Union weiter zu reformieren und zu verbessern, um den Erwartungen der

Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden; fordert alle relevanten Akteure auf, proaktiver über den positiven Beitrag der EU zum täglichen Leben ***und zur Sicherheit*** aller europäischen Bürgerinnen und Bürger durch ihre Politik zu kommunizieren;

Or. en

Änderungsantrag 153
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***ist zutiefst besorgt über*** den Aufstieg und den Wahlerfolg von systemfeindlichen und offen EU-feindlichen Parteien während der Wahl 2024; verurteilt jede Form politischer Rhetorik, die ***Hetze, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit oder*** Gewalt fördert, und fordert alle politischen Akteure nachdrücklich auf, einen konstruktiven, faktenbasierten Dialog zu führen, bei dem die demokratischen Werte***, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit*** geachtet werden; ***verpflichtet sich, die Funktionsweise der Union weiter zu reformieren und zu verbessern, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden; fordert alle relevanten Akteure auf, proaktiver über den positiven Beitrag der EU zum täglichen Leben aller europäischen Bürgerinnen und Bürger durch ihre Politik zu kommunizieren;***	17. ***nimmt*** den Aufstieg und den Wahlerfolg von systemfeindlichen und offen EU-feindlichen Parteien während der Wahl 2024 ***zur Kenntnis***; ***sieht darin eine klare Absage an den aktuellen Trend in der EU, das Leben der EU-Bürger zu zentralisieren und zu überregulieren;*** verurteilt jede Form politischer Rhetorik, die Gewalt fördert, und fordert alle politischen Akteure nachdrücklich auf, einen konstruktiven, faktenbasierten Dialog zu führen, bei dem die demokratischen Werte geachtet werden***, insbesondere indem sie der undemokratischen Praxis der Einhaltung einer „Brandmauer“ ein Ende setzen***;

Or. pl

Änderungsantrag 154
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***ist zutiefst besorgt über den Aufstieg und den Wahlerfolg von systemfeindlichen und offen EU-feindlichen Parteien während der Wahl 2024;*** verurteilt jede Form politischer Rhetorik, die Hetze, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit oder Gewalt fördert, und fordert alle politischen Akteure nachdrücklich auf, einen konstruktiven, faktenbasierten Dialog zu führen, bei dem die demokratischen Werte, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden; verpflichtet sich, die Funktionsweise der Union weiter zu reformieren und zu verbessern, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden; fordert alle relevanten Akteure auf, proaktiver über den positiven Beitrag der EU zum täglichen Leben aller europäischen Bürgerinnen und Bürger durch ihre Politik zu kommunizieren;	17. verurteilt jede Form politischer Rhetorik, die Hetze, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit oder Gewalt fördert, und fordert alle politischen Akteure nachdrücklich auf, einen konstruktiven, faktenbasierten Dialog zu führen, bei dem die demokratischen Werte, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden; verpflichtet sich, die Funktionsweise der Union weiter zu reformieren und zu verbessern, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden; fordert alle relevanten Akteure auf, proaktiver über den positiven Beitrag der EU zum täglichen Leben aller europäischen Bürgerinnen und Bürger durch ihre Politik zu kommunizieren;

Or. fr

Änderungsantrag 155
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ist zutiefst besorgt über ***den Aufstieg*** und ***den Wahlerfolg von systemfeindlichen*** und ***offen EU-feindlichen Parteien während der Wahl 2024***; verurteilt jede Form politischer Rhetorik, die Hetze, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit oder Gewalt fördert, und fordert alle politischen Akteure	17. ist zutiefst besorgt über ***die Verwendung nationalistischer, rassistischer*** und ***fremdenfeindlicher Rhetorik zur Spaltung*** und ***Manipulation der öffentlichen Meinung, durch die der soziale Zusammenhalt und die Solidarität beeinträchtigt werden***; verurteilt jede Form politischer Rhetorik, die Hetze,

nachdrücklich auf, einen konstruktiven, faktenbasierten Dialog zu führen, bei dem die demokratischen Werte, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden; verpflichtet sich, die Funktionsweise der Union weiter zu reformieren und zu verbessern, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden; fordert alle relevanten Akteure auf, proaktiver über den ***positiven*** Beitrag der EU zum täglichen Leben aller europäischen Bürgerinnen und Bürger durch ihre Politik zu kommunizieren;	Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit oder Gewalt fördert, und fordert alle politischen Akteure nachdrücklich auf, einen konstruktiven, faktenbasierten Dialog zu führen, bei dem die demokratischen Werte, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden; verpflichtet sich, die Funktionsweise der Union weiter zu reformieren und zu verbessern, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden; fordert alle relevanten Akteure auf, proaktiver über den Beitrag der EU zum täglichen Leben aller europäischen Bürgerinnen und Bürger durch ihre Politik zu kommunizieren;

Or. en

Änderungsantrag 156
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. lehnt jeden Versuch ab, die öffentliche Finanzierung europäischer politischer Parteien von der Achtung einseitig von der Kommission oder dem Parlament festgelegter Werte abhängig zu machen; warnt davor, dass Oppositionsparteien zensiert oder diskriminiert werden könnten;

Or. fr

Änderungsantrag 157
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. verpflichtet sich, diese Rahmen ***durch seinen speziellen Ausschuss für den Schutzschild für die Demokratie*** zu ***bewerten***, um mögliche Schlupflöcher, Lücken und Überschneidungen zu ermitteln, die ausgenutzt werden könnten, um böswillige Eingriffe in demokratische Prozesse zu ermöglichen; ***fordert die Kommission gleichzeitig auf, diese Regulierungsrahmen vollständig und unverzüglich durchzusetzen, insbesondere im Falle der Plattformen, die sich weiterhin offen den Regulierungsbehörden der EU widersetzen;***	18. verpflichtet sich, diese Rahmen zu ***überwachen***, um mögliche Schlupflöcher, Lücken und Überschneidungen zu ermitteln, die ausgenutzt werden könnten, um böswillige Eingriffe in demokratische Prozesse zu ermöglichen;

Or. fr

Änderungsantrag 158
Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. verpflichtet sich, diese Rahmen durch seinen speziellen Ausschuss für den Schutzschild für die Demokratie zu bewerten***, um mögliche Schlupflöcher, Lücken und Überschneidungen zu ermitteln, die ausgenutzt werden könnten, um böswillige Eingriffe in demokratische Prozesse zu ermöglichen***; ***fordert die Kommission gleichzeitig auf, diese Regulierungsrahmen vollständig und unverzüglich durchzusetzen, insbesondere im Falle der Plattformen, die sich weiterhin offen den Regulierungsbehörden der EU widersetzen;***	18. verpflichtet sich, diese Rahmen durch seinen speziellen Ausschuss für den Schutzschild für die Demokratie zu bewerten;

Or. pl

Änderungsantrag 159
Borja Giménez Larraz, Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. verpflichtet sich, diese Rahmen durch seinen speziellen Ausschuss für den Schutzschild für die Demokratie zu bewerten, ***um mögliche Schlupflöcher, Lücken und Überschneidungen zu ermitteln, die ausgenutzt werden könnten, um böswillige Eingriffe*** in demokratische Prozesse zu ***ermöglichen***; fordert die Kommission gleichzeitig auf, diese Regulierungsrahmen vollständig und unverzüglich durchzusetzen, insbesondere im Falle der Plattformen, die sich weiterhin offen den Regulierungsbehörden der EU widersetzen;	18. verpflichtet sich, diese Rahmen durch seinen speziellen Ausschuss für den Schutzschild für die Demokratie zu bewerten, ***dessen vom Plenum erteiltes Mandat die Behandlung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Eingriffen*** in demokratische Prozesse ***und die Umsetzung von Maßnahmen zur Wahrung der Fairness und Integrität von Wahlen sowie von Maßnahmen, mit denen*** zu ***demokratischen Prozessen in der Union beigetragen wird, umfasst; stellt fest, dass der Ausschuss somit als Schlüsselinstrument zur Verhinderung böswilliger Eingriffe dient, indem mögliche Schlupflöcher, Lücken und Überschneidungen, die ausgenutzt werden könnten, ermittelt werden***; fordert die Kommission gleichzeitig auf, diese Regulierungsrahmen vollständig und unverzüglich durchzusetzen, insbesondere im Falle der Plattformen, die sich weiterhin offen den Regulierungsbehörden der EU widersetzen;

Or. en

Änderungsantrag 160
Marieke Ehlers, Juan Carlos Girauta Vidal, Alexandre Varaut, Ernő Schaller-Baross

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. verpflichtet sich, diese Rahmen durch ***seinen speziellen Ausschuss*** für ***den Schutzschild für die Demokratie*** zu bewerten***, um mögliche Schlupflöcher,***	18. verpflichtet sich, diese Rahmen durch ***die Einsetzung des Untersuchungsausschusses*** für ***Transparenz und Rechenschaftspflicht*** zu

Lücken und Überschneidungen zu ermitteln, die ausgenutzt werden könnten, um böswillige Eingriffe in demokratische Prozesse zu ermöglichen; ***fordert die Kommission gleichzeitig auf, diese Regulierungsrahmen vollständig und unverzüglich durchzusetzen, insbesondere im Falle der Plattformen, die sich weiterhin offen den Regulierungsbehörden der EU widersetzen***;	bewerten; ***hebt hervor, dass der Widerstand gegen die Staatsgewalt in einer demokratischen Gesellschaft eine zentrale Rolle spielt***;

Or. en

Änderungsantrag 161
Klára Dobrev, Gabriele Bischoff, Idoia Mendia, Vasile Dîncu, Brando Benifei, Juan Fernando López Aguilar, Marc Angel

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. weist darauf hin, dass die Ergebnisse der nationalen Wahlen indirekt auch Einfluss auf die Zusammensetzung der Unionsorgane haben; betont in diesem Zusammenhang den Stellenwert des demokratischen Charakters von Parlamentswahlen in jedem Mitgliedstaat; stellt ferner fest, dass die Ergebnisse der Kommunalwahlen Auswirkungen auf andere Wahlen, einschließlich der Wahlen zum Europäischen Parlament, haben, da illiberale Regierungsparteien die Ressourcen der von ihnen kontrollierten lokalen Gebietskörperschaften nutzen können, um die Ergebnisse dieser Wahlen zu beeinflussen oder gegen die Bedingungen freier und fairer Wahlen zu verstoßen; betont in diesem Zusammenhang, dass daher die Sicherstellung der Integrität lokaler, regionaler und nationaler Wahlen von großer Bedeutung ist;

Or. en

Änderungsantrag 162
Klára Dobrev, Gabriele Bischoff, Idoia Mendia, Vasile Dîncu, Brando Benifei, Juan Fernando López Aguilar, Marc Angel

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. kommt zu dem Schluss, dass die europäische Demokratie nur gedeihen kann, solange europäische demokratische Prozesse und Wahlprozesse verteidigt werden; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, freie und faire Wahlen zu fördern und gleichzeitig ihre Integrität vor internen und externen Bedrohungen für die Demokratie der EU zu schützen; stellt mit Besorgnis fest, dass die Verbreitung von Desinformation und der Einfluss einiger Plattformen der sozialen Medien nach wie vor unkontrolliert sind; betont, wie wichtig es ist, den gesamten derzeit bestehenden Rechtsrahmen durchzusetzen, um die Integrität des gesamten Wahlprozesses zu wahren;	20. kommt zu dem Schluss, dass die europäische Demokratie nur gedeihen kann, solange europäische demokratische Prozesse und Wahlprozesse verteidigt werden; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, freie und faire Wahlen zu fördern und gleichzeitig ihre Integrität vor internen und externen Bedrohungen für die Demokratie der EU zu schützen; ***betont, dass es wichtig ist, in jedem Mitgliedstaat ein ausgewogenes und freies Medienumfeld zu schaffen;*** stellt mit Besorgnis fest, dass die Verbreitung von Desinformation und der Einfluss einiger Plattformen der sozialen Medien nach wie vor unkontrolliert sind; betont, wie wichtig es ist, den gesamten derzeit bestehenden Rechtsrahmen durchzusetzen, um die Integrität des gesamten Wahlprozesses zu wahren; ***betont, dass Wahlbetrug nicht am Wahltag beginnt, sondern mit dem Abbau der Rechtsstaatlichkeit, der demokratischen Grundsätze, der Pressefreiheit, der Meinungsfreiheit und der Verbreitung ausländischer Desinformation und Propaganda; stellt mit Besorgnis fest, dass aufgrund dieser systemischen Probleme nicht in allen Mitgliedstaaten freie und faire Wahlen garantiert sind;***

Or. en

Änderungsantrag 163

Patryk Jaki

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. kommt zu dem Schluss, dass die europäische Demokratie nur gedeihen kann, solange europäische demokratische Prozesse und Wahlprozesse verteidigt werden; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, freie und faire Wahlen zu fördern und gleichzeitig ihre Integrität vor internen und externen Bedrohungen für die Demokratie der EU zu schützen; ***stellt mit Besorgnis fest, dass die Verbreitung von Desinformation und der Einfluss einiger Plattformen der sozialen Medien nach wie vor unkontrolliert sind;*** betont, wie wichtig es ist, den gesamten derzeit bestehenden Rechtsrahmen durchzusetzen, um die Integrität des gesamten Wahlprozesses zu wahren;	20. kommt zu dem Schluss, dass die europäische Demokratie nur gedeihen kann, solange europäische demokratische Prozesse und Wahlprozesse verteidigt werden; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, freie und faire Wahlen zu fördern und gleichzeitig ihre Integrität vor internen und externen Bedrohungen für die Demokratie der EU zu schützen; betont, wie wichtig es ist, den gesamten derzeit bestehenden Rechtsrahmen durchzusetzen, um die Integrität des gesamten Wahlprozesses zu wahren;

Or. pl

Änderungsantrag 164
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. kommt zu dem Schluss, dass die europäische Demokratie nur gedeihen kann, solange europäische demokratische Prozesse und Wahlprozesse verteidigt werden; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, freie und faire Wahlen zu fördern und gleichzeitig ihre Integrität vor internen und externen Bedrohungen für die Demokratie der EU zu schützen; stellt mit Besorgnis fest, dass die Verbreitung von Desinformation und der Einfluss	20. kommt zu dem Schluss, dass die europäische Demokratie nur gedeihen kann, solange europäische demokratische Prozesse und Wahlprozesse ***gestärkt und*** verteidigt werden; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, freie und faire Wahlen zu fördern und gleichzeitig ihre Integrität vor internen und externen Bedrohungen für die Demokratie der EU zu schützen; stellt mit Besorgnis fest, dass die Verbreitung von

einiger Plattformen der sozialen Medien nach wie vor unkontrolliert sind; betont, wie wichtig es ist, den gesamten derzeit bestehenden Rechtsrahmen durchzusetzen, um die Integrität des gesamten Wahlprozesses zu wahren;	Desinformation und der Einfluss einiger Plattformen der sozialen Medien nach wie vor unkontrolliert sind; betont, wie wichtig es ist, den gesamten derzeit bestehenden Rechtsrahmen durchzusetzen, um die Integrität des gesamten Wahlprozesses zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 165
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. weist darauf hin, dass die Vielfalt der Wahlsysteme einen demokratischen Reichtum darstellt, den es zu bewahren gilt; fordert die Kommission auf, alle Initiativen zur Einführung eines einheitlichen Wahl- oder Teilhabemodells auszusetzen; betont ferner, dass in den Kampagnen der Organe der Europäischen Union strikte Neutralität gewahrt werden muss und diese nicht dazu genutzt werden dürfen, ein bestimmtes politisches Modell zu fördern;

Or. fr